



FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

PRÄAMBEL

Die **FREIEN WÄHLER** Baden-Württemberg verstehen sich als wertorientierte, liberale und bürgerliche Bewegung in der Mitte der Gesellschaft. **FREIE WÄHLER** sind selbst Bürger aus dieser Mitte und bereit, politische Verantwortung zum Wohle der Menschen in unserem Land zu übernehmen.

FREIE WÄHLER wollen Bewährtes erhalten und auf dieser Grundlage die Voraussetzungen für die Gestaltung einer modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt schaffen.

FREIE WÄHLER treten für Bürgerrechte und damit für die Freiheit des Einzelnen ein und wollen die Demokratie stärken, indem sie die Bürger mehr als bisher in die politischen Entscheidungsprozesse einbeziehen. **FREIE WÄHLER** stehen im Landtag für eine sachbezogene Politik ohne Parteiideologie und wollen für alle die Rahmenbedingungen schaffen, die jedem eine faire Chance in einem Leben in Eigenverantwortung bieten.

Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen. Die Folgen der Corona-Pandemie müssen überwunden werden. Wir möchten den Wandel innovativ begleiten und die Zukunft aktiv mitgestalten. Fragen des Klimaschutzes, der Energiewende, des nachhaltigen Wirtschaftens und des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen sind sehr wichtig. Die Politik muss mit Augenmaß handeln und darf nicht von ideologischem Dirigismus geleitet werden. Unsere Politik wird dafür sorgen, dass sich Industrie, mittelständisches Gewerbe, Handwerk und IT-Branche zukunftsorientiert entwickeln. Damit dies gelingen kann, werden die **FREIEN**

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

WÄHLER die Digitalisierung vorantreiben und neue Schwerpunkte bei der Wirtschaftsförderung setzen. **FREIE WÄHLER** werden im Landtag dazu beitragen, dass Ökonomie und Ökologie sich nicht widersprechen.

Ein Leben in Sicherheit sowie das Streben nach Wohlstand und Glück sind Grundbedürfnisse der Menschen und damit der Auftrag unserer Politik.

	Seite
Präambel	1
Inhalt	2
1. Klima und Umweltschutz	6
Energiewende nachhaltig umsetzen	6
Natürliche Ressourcen sparsam nutzen	10
Lärm verringern, Luft reinhalten	11
2. Wirtschaft und Industrie	13
Umwelt- und Klimaschutz für Innovationen nutzen	15
Autoland Baden-Württemberg	16
Mittelstand mit Konjunkturprogramm fördern	17
Bürokratie als Dienst am Bürger begreifen	18
In Corona-Zeiten leiden...	19

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Kultur nicht vergessen	21
Versorgungssicherheit in Zeiten einer Pandemie	21
Datenschutzgrundverordnung nachbessern	22
3. Mobilität und Infrastruktur	23
Klimaschutz braucht öffentlichen Nahverkehr	23
„Güter auf die Schiene“ umsetzen	25
Bekanntnis zum Luftverkehr und zur Binnenschifffahrt	27
Infrastruktur erhalten: Straßen halten nicht ewig ...	28
Zusammen geht es besser: Nachhaltige Finanzierung und gemeinsame Projekte	28
4. Finanzen und Steuern	29
Kreditversorgung sichern	30
Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Unternehmer und Sparer schützen	30
Landesvermögen, Landesbeteiligungen und öffentliche Finanzen	31
Steuereinnahmen für Konjunktursteuerung nutzen	32
5. Bildung und Ausbildung	33
Bildung fängt nicht erst in der Schule an	34
Bildung ist eine Investition in die Zukunft	29
Schulpolitik als ein Generationenvertrag	36
Schule ist mehr als Unterricht	38

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Inklusion zu Ende denken	39
Bildungsplanung langfristig anlegen	39
Universitäten, Pädagogische - und Fachhochschulen	40
Ausbildung schafft Zukunft in Arbeit	42
6. Digitalisierung	44
Digitalisierung für die gesamte Gesellschaft ermöglichen	44
Digitalisierung von Schulen, Hochschulen und Universitäten	46
Datenschutzkonforme Digital-Lösungen auf dem Land	47
7. Innere Sicherheit und Justiz	48
Sicherheitskräfte benötigen ...	50
Klare Trennung von Aufgaben	50
Verfassungstreue Beamte in Uniform	51
Clan-Kriminalität, Terrorismus und Extremismus	51
Verstärkung der Justiz	52
8. Migrations- und Asylpolitik	53
Fremdsein durch Integration verhindern	53
Herausforderungen benennen	54
9. Landwirtschaft und ländlicher Raum	55
10. Soziales und Gesundheit	59
Unser Gesundheitswesen ist krank	60

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Gesicherter Zugang zu Medikamenten	62
Digitalisierung im Gesundheitswesen und in der Telemedizin voranbringen	62
Ungleichbehandlung in Familie und Beruf beenden	63
Schutz vor Missbrauch und Gewalt	66
Leben im Alter Lebenswert machen	67
Pflegekräfte angemessen bezahlen	68
Altersarmut verhindern	69
Allgemeines Gesellschaftsjahr einführen	69
11. Ehrenamt und Sport	70
Klares Ja zum Ehrenamt	71
Sportstättenförderung gemeinsam angehen	72
Bürger in die Planung von Kultur- und Sportstätten einbeziehen	73
Breiten- und Spitzensportler fördern	73
Kultur der Computerspiele in Grenzen anerkennen	74
12. Schlussbemerkung	75

1. Klima- und Umweltschutz

Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck. Klima- und Umweltschutz sichern und verbessern nachhaltig die Koexistenz von Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen. Wir wollen die Umwelt sowie die **Artenvielfalt** bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen unserer Heimat schützen. Dies machen wir nicht nur zu unserem eigenen Schutz, sondern auch aus **Verantwortung für nachfolgende Generationen**. Dabei ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort aktiv einzubeziehen, denn Umwelt- und Klimaschutz fängt bei jedem Einzelnen an.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen zu den Verpflichtungen, die sich aus dem Pariser Klimaabkommen ergeben. Deswegen gilt es, alles daran zu setzen, die Klimaneutralität spätestens bis zum Jahr 2050 durchzusetzen und alles daranzusetzen, es früher zu schaffen und zu erreichen. Durch technische Innovation lassen sich im Bereich der **Energie, der Mobilität und der Landwirtschaft** große Veränderungen erreichen, die nicht nur der Emissionsreduktion dienen, sondern auch wirtschaftliche Wachstumspotentiale für Deutschland bereithalten.

Energiewende nachhaltig umsetzen

Wirtschaft und Digitalisierung verschiedener Lebensbereiche brauchen eine stabile, kostengünstige und nachhaltige Energieversorgung. Wir stehen für ein verlässliches, flexibles Energieversorgungssystem. Wir wollen die **dezentrale Energiegewinnung** aus regenerativen Quellen klimagerecht ausbauen. Gleichzeitig stehen wir für eine verlässliche und effiziente

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Versorgung innerhalb eines europäischen Energiemarktes.

Verfügbarkeit, Effizienz, Klimabilanz und Kosten der Erzeugung müssen im Energienetz der Zukunft gleichermaßen bedacht werden. Wir sehen die **Beteiligung der Kommunen an Energieversorgungsunternehmen** als wichtigen Schritt, um sich von Stromkonzernen unabhängig zu machen und den Bürger vor Ort stärker an der Energiewende mitwirken zu lassen.

Wir **FREIE WÄHLER** fordern

- den zügigen Ausbau von regenerativen Energien und dezentralen Blockheizkraftwerke (Gas oder Methan), um die zukünftige Energieversorgung sicherzustellen und damit den vorgegebenen zeitlichen Rahmen für den Ausstieg aus der Kohleverstromung einzuhalten.

Wir **FREIE WÄHLER** in Baden-Württemberg stehen zum beschlossenen Kohleausstieg.

Wir **FREIE WÄHLER** verlangen, dass veraltete Kraftwerke zuerst abgeschaltet werden, und wir lehnen einen Import von Atomstrom und/oder Kohlestrom aus den Nachbarländern ab.

Der **Photovoltaiksektor (PVA)** als eine der saubersten und am meisten akzeptierten Techniken muss weiter und verstärkt ausgebaut sowie gefördert werden.

Wir **FREIE WÄHLER** sehen daher den Abbau des zunehmenden Bürokratismus bei Erstellung, Subventionen und Betrieb von PVA als vordringlich an.

Zur Entlastung des Bürgers fordern wir, dass die EEG-Umlage - als eine von vielen wichtigen Maßnahmen - nur noch bei PVA größer als 30kWp Leistung erhoben wird. Wir **FREIE WÄHLER**

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

setzen uns für eine verstärkte Nutzung versiegelter Flächen (z.B. Parkplätze) für PVA ein.

Die **FREIEN WÄHLER** setzen sich seit vielen Jahren für die Nutzung von **Grünem Wasserstoff** bei der Energiegewinnung ein. Gerade auch Baden-Württemberg mit seiner Automobilindustrie wird langfristig von Grünem Wasserstoff profitieren, weil er insbesondere als Antriebsquelle für Busse und LKW sinnvoll und zukunftsorientiert ist. Wir fordern nicht nur Investitionen in die Entwicklung und Forschung, sondern auch schnellstens ein Tankstellennetz und die dazugehörige Infrastruktur aufzubauen. Gleiches gilt für synthetische Kraftstoffe, den sogenannten E-Fuels.

Wir brauchen ein Erneuerungsprogramm für alte **Windkraftanlagen**. Die Anlagen der „ersten Generation“ unter 500 kW Leistung müssen ersetzt oder modernisiert werden, da sie weder den modernen technischen Anforderungen genügen noch ökonomisch betrieben werden können. Wie der Bundesverband Windenergie errechnete, könnte die **Stromerzeugung** auf den bisher schon genutzten Flächen in den nächsten Jahren **um 100 Prozent gesteigert werden**.

Wir **FREIE WÄHLER** sind der Auffassung, - dass der weitere Ausbau der Windkraft nur an sinnvollen und faktisch umweltverträglichen Stellen in Deutschland vorangetrieben werden soll. Für Baden-Württemberg gilt das entsprechend dort, wo Windkraftanlagen Sinn ergeben. Dabei soll der negative Einfluss auf die Umwelt minimiert werden.

Wir bekennen uns zur aktuellen 1000m-Abstandsvorgabe, jedoch im Rahmen des Lärmschutzes. Die Belastung darf nicht mehr als 33dB (A) an Wohngebäuden sein.

Wir wissen, dass auf absehbare Zeit **Reservekraftwerke** vorgehalten werden müssen, um bei

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Windstille die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dazu können Blockheizkraftwerke dienen.

Vorrangig muss die Versorgungssicherheit mit Energie gewährleistet sein. Solange die regenerativen Energien dies noch nicht sicherstellen können, müssen **Brückentechnologien** zum Einsatz kommen, wenn Atom- und Kohlestrom nicht mehr vorhanden sind. Damit werden die erprobten **Blockheizkraftwerke** (BHKW) zum Rückgrat einer dezentralen Energieversorgung. Derzeit werden sie noch mit Erdgas betrieben, zukünftig müssen Biogas bzw. Wasserstoff die Basis bilden. Da die BHKW dezentral operieren, werden dann einige der ungeliebten Hochspannungsleitungen nicht notwendig werden.

Wir **FREIE WÄHLER** sehen hier auch eine verstärkte Kooperation mit mittelständischen Unternehmen, welche die Abwärme der BHKW in ihren Prozessen nutzen können.

Wir **FREIE WÄHLER** sind der Auffassung, dass bei entsprechenden geologischen Voraussetzungen zukünftig vermehrt Geothermie eingesetzt werden sollte.

Voraussetzung hierfür ist, dass keine Gefährdung der bestehenden Gebäudesubstanz besteht.

Um die Energiewende überhaupt bewältigen zu können, werden kostengünstigere - und damit einhergehend - effiziente **Energiespeicher** benötigt, um die Zeit überbrücken zu können, in welcher die regenerativen Energien nicht genügend Leistung liefern können.

Wir **FREIE WÄHLER** widersetzen uns jeder Nutzung der **Fracking-Technologie** in Baden-

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Württemberg und ganz Deutschland.

Natürliche Ressourcen sparsam nutzen

Eine lebenswerte Zukunft hängt auch von einem weltweit schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen ab. Statt eines neuen Denkens und Handelns, erleben wir immer noch viel zu oft einen Raubbau an der Natur.

Der Zugang zu **sauberem Wasser** ist ein elementarer Teil der Daseinsvorsorge. Die Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg mit Trinkwasser hat in öffentlicher Hand zu bleiben.

Unsere Wälder haben bereits unter trockenen Sommern gelitten und schweren Schaden genommen. Bei der nun kommenden Wiederaufforstung unterstützen wir eine **neue Wertschätzung für unsere Wälder**. Der wirtschaftliche Aspekt der Holzvermarktung sollte in den Hintergrund treten. Der Gewinn unserer Wälder für den Klimaschutz und das Stadtklima muss stärker bedacht und belohnt werden. Ein Ausgleich für Waldbesitzer für klimaschutz- und artenschutzorientierte Forstwirtschaft sollte staatlich organisiert werden. Die bereits bestehenden Zertifizierungen der Wälder können hierfür als Grundlage genutzt werden.

Die **FREIEN WÄHLER** stehen für den Schutz des Waldes und mehr Grün in den Städten anstatt für Nachverdichtung und Verbauen von Frischluftschneisen.

Oft werden Kunststoffe verwendet, obwohl ein umweltfreundlicher Ersatz existiert.

Plastikmüll muss konsequent vermieden werden. Nicht ausschließlich der Verzicht, sondern der Ersatz von Kunststoffen durch **nachhaltigere Lösungen** muss uns gelingen. Materialien und Techniken für ein **nachhaltiges Recycling und Bio-Kunststoffe** ermöglichen

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

heimischen Unternehmen weiterhin eine effiziente Logistik und sind interessant für den europäischen und internationalen Markt.

Wir **FREIE WÄHLER** fordern, die Ausweitung des Verbots der Herstellung und des Verkaufs von Gegenständen aus Kunststoff umzusetzen, die auch aus anderen, umweltfreundlicheren Stoffen gefertigt werden können.

Die Förderung der Forschung und Entwicklung von abbaubaren oder zumindest gut wiederverwendbaren Rohstoffen wollen wir ausbauen. Nachhaltigkeit und die damit zusammenhängende **Kreislaufwirtschaft** muss zu einer tragenden Säule des Wirtschaftssystems werden. **FREIE WÄHLER** treten deswegen unter anderem für ein CO₂-Kennzeichnung von Lebensmitteln ein. Regionale Produkte und nachhaltige Erzeugung sollen damit unterstützt werden.

Zur Förderung der Transparenz für die Verbraucher fordern wir Angaben in Form einer Skala, die dem Verbraucher beim Kauf aufzeigen, wie gut das Produkt recycelt werden kann.

Lärm verringern, Luft reinhalten

In immer mehr Regionen leiden die Menschen unter einer steigenden Lärmbelästigung. Gerade in den Städten, in der Nähe von Flughäfen, entlang von Autobahnen oder Eisenbahntrassen führt ein überhöhter Lärmpegel zu gesundheitlichen Belastungen.

Auch wenn die Luftqualität in den vergangenen Jahrzehnten durch massive Umweltauflagen erheblich besser geworden ist, bleibt an einzelnen Orten die Belastung durch Schadstoffe in

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

der Luft so groß, dass chronische Krankheiten die Folge sind.

Wir **FREIE WÄHLER** treten ein für einen besseren **Lärmschutz** bei Flughäfen, Straße und Schiene. Hierzu sind die Belastungsgrenzwerte zu überprüfen und geeignete Maßnahmen zu deren Einhaltung für alle Mobilitätsformen zu ergreifen, insbesondere in der Nacht.

Gleichzeitig lehnen wir Missachtungen oder Unterwanderungen durch Ausnahmegenehmigungen ab.

Wir fordern strengere technische Lärmvorschriften und härtere Strafen gegen „Lärmsünder“ und fordern die **Aufstellung von Lärmblitzgeräten** analog zu den Radarfallen.

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Bei der Luftreinhaltung ziehen wir technische Lösungen vor und sehen Fahrverbote nur als allerletztes Mittel. Die von der EU angestrebte weitere Verringerung der Grenzwerte muss angemessen sein und die Suche nach innovativen Lösungen mit Fördermaßnahmen vorantreiben. Diese Politik kann durch finanzielle Anreize für Produzenten und Verbraucher begleitet werden, denn kreative Anstöße sind aus unserer Sicht besser als eine Verbotskultur. Der Schlüssel für ein gesünderes Klima und für eine saubere Luft liegt vor allem im Bereich der Mobilität. Kaum ein Sektor steht in den kommenden Jahrzehnten vor einem größeren Wandel und bietet Chancen, den schädlichen CO₂-Ausstoß zu verringern. Dabei kommt es auf gutes Zusammenspiel von Maßnahmen sowohl für den öffentlichen Personenverkehr als auch für den Gütertransport und Individualverkehr an.

2. Wirtschaft und Industrie

Baden-Württemberg ist bekannt als Land der **Tüftler, Erfinder und Motor unserer Exportwirtschaft**. Kein anderes Bundesland exportiert mehr als wir. Hier sind die Arbeitsplätze, wir haben eine der niedrigsten Arbeitslosenquoten.

Bei uns werden Innovationen vorangetrieben. **Diesen Spitzenplatz gilt es, in der Corona-Krise nicht zu verlieren.**

In keinem anderen Bundesland investiert die Wirtschaft derart viel in Forschung und Entwicklung, fünfmal mehr als der Bund selbst. Und unsere Stärken sind weit gestreut. Neben großen, weltweit agierenden Konzernen im Technologiesektor und Automobilbereich sind es vor allem auch

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

mittelständischen Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Rückgrat unserer gesunden Wirtschaftsstruktur bilden.

Um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unseres Bundeslandes zu erhalten, bedarf es vernünftiger Rahmenbedingungen und einer Politik mit Augenmaß. Maßgeblich für die Investitionstätigkeit von Unternehmen ist die **Planungssicherheit** und damit **Rechtssicherheit** sowie eine möglichst **geringe Bürokratielast**. Eine grundlegende und schnelle wirtschaftliche Erholung nach Überwindung der Corona-Pandemie ist Voraussetzung, um unseren Wohlstand langfristig zu sichern. Für die **FREIEN WÄHLER** ist es in dieser Situation besonders wichtig, ein Partner für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Soloselbständige zu sein.

Gerade in kleinen und mittleren Unternehmen sowie im Start-Up-Sektor werden **innovative Fertigungs-, Vertriebs- oder Dienstleistungsideen** entwickelt, die oft ihren Weg zu den großen Unternehmen finden und dankbar aufgegriffen werden.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern, die vielfältige Entwicklungskultur finanziell zu fördern und den Zugang zu den Förderprogrammen zu erleichtern. In der Praxis erweist sich die Förderlandschaft als undurchsichtig und kompliziert. Dies gilt für Mittel von der EU oder dem Bund ebenso wie für das Land Baden-Württemberg.

Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen sowie Solo-Selbständige verfügen nicht über die Ressourcen, die oft komplexen Modalitäten zu bewältigen. Sie sind auf kostenintensive Hilfe von außen angewiesen. Dies nimmt insbesondere jungen, motivierten

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Existenzgründern schnell den Mut. In einer solchen Situation sehen sich diese Gründer nach Standorten und Strukturen mit besseren Ausgangsbedingungen um, innerhalb Deutschlands aber auch im benachbarten Ausland. In einer globalisierten, vernetzten Welt führt dies zu einer Abwanderung von **Humankapital und Innovationskraft**, auf die wir dringend angewiesen sind.

Wir **FREIEN WÄHLER** fordern:

- einen vereinfachten, transparenten Zugang zur Wirtschaftsförderung.
- klare, verlässliche Strukturen und Bedingungen.
- den weiteren Ausbau der Start-Up-Förderung, nicht nur in Ballungsgebieten, sondern auch im ländlichen Raum.

Umwelt- und Klimaschutz für Innovationen nutzen

Das durch die EU-Kommission und dem EU-Parlament verabschiedete „Green Deal“-Programm fördert und fordert den ökologischen Umbau der Gesellschaft. Die Vorgaben der EU werden die Politik auch in Baden-Württemberg zukünftig maßgeblich mitbestimmen. Deshalb müssen wir uns offen zeigen, weil im „Green-Deal“ große Chancen für eine innovative Wirtschaft liegen. Nur wer sich darauf einlässt, kann auch zukünftig wirtschaftlichen Erfolg erreichen.

Im Zusammenhang mit dem **ökologischen Umbau der Gesellschaft** müssen in Baden-Württemberg **zukunftsorientierte Produktionsverfahren** entstehen. Die **FREIEN WÄHLER**

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

verlieren hier den Mittelstand und innovative Start-Ups auch nicht aus dem Auge, sondern fördern diesen Wirtschaftssektor.

Wir **FREIEN WÄHLER** setzen sich ein:

- für die Bereitstellung von zusätzlichem Risikokapital für innovative Ideen
- für den Abbau von Zugangshürden für Förder- und Forschungsgelder auf allen Ebenen durch die zukünftige Landesregierung.

Nur die Bereitschaft, hier zu investieren, bildet die Grundlage, dass Baden-Württemberg das Land der Tüftler und Erfinder bleibt und ist Teil einer attraktiven Standortsicherheit.

Autoland Baden-Württemberg

Auch in Zukunft gilt es den Automobilstandort Deutschland und seine Zulieferindustrie, die prägend für Baden-Württemberg ist, zu sichern und zu stärken. Die Fahrzeugindustrie bietet Zehntausenden von Menschen Arbeitsplätze, **deren Erhalt für uns Priorität** besitzt. Entscheidungen auf EU- und Bundesebene forcieren den technologischen Umbau hin zu schadstofffreien Fahrzeugen. Die Corona Krise beschleunigt diesen Prozess.

Die **FREIEN WÄHLER** stehen für eine Unterstützung und finanzielle Förderung der Industrie bei diesem Innovationsprozess. Gerade mit Blick auf den internationalen Wettbewerb ist der Anpassungsdruck auf die heimische Industrie groß. Nennenswerte Steigerungen bei der

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

Zulassung von **Elektro-Fahrzeugen oder mit Wasserstoff betriebenen PKW und insbesondere LKW sowie die Nutzung von E-Fuels** können nur realisiert werden, wenn staatliche Förderung zur Schaffung eines engen **Netzes von Ladestationen und Tankstellen** beiträgt. Im Blick haben wir ebenso **Biokraftstoffe der 2. und 3. Generation**.

Neben dem Ausbau des **öffentlichen Personenverkehrs** bekennen wir uns zum **Individualverkehr**. Insbesondere im ländlichen Raum und im urbanen Umland ist das Auto für viele Menschen unverzichtbar.

Mittelstand mit Konjunkturprogramm fördern

Die sicherste Methode, die zuletzt durch Corona immens angewachsenen Landes-Schulden so schnell es geht zurückzufahren, ist eine **funktionierende Wirtschaft**. Diese muss vor allem auch auf Aufträge aus dem Land setzen können. Straßen, Brücken, Stromnetze, öffentliche Verwaltungsgebäude, Schulen und Sporthallen sind im Land in einem Zustand, den man manchmal nur noch mit dem Begriff kaputtgespart bezeichnen kann. Hier steht ein enormes Volumen an öffentlichen Aufträgen an, wobei die Kosten durch die Steuereinnahmen einer Bau- und Renovierungskonjunktur weitestgehend ausgeglichen werden können.

Im Zusammenhang mit dem **ökologischen Umbau der Gesellschaft** müssen in Baden-Württemberg **zukunftsorientierte Produktionsmöglichkeiten** entstehen. Die schon an anderer Stelle geforderte Unterstützung der Industrie beim Ausbau zukunftsorientierter Fertigungen muss staatlicherseits durch die Standortsicherung dieser Produktionszweige

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

gewährleistet sein. Wer Fördermittel im Land bezieht, muss die dadurch in Gang kommenden Erneuerungen auch zuvorderst im Land anwenden.

Baden-Württemberg ist – neben den großen Firmen – vor allem auch DAS Land für Mittelstand und Handwerk.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern ein **Mittelstandsprogramm**, das die gegenwärtigen logistischen und materiellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaftstätigkeit mittelständischer Unternehmen analysiert. Ziel dieser Analyse muss der Abbau bürokratischer Hürden und die Bestandsaufnahme logistischer Hürden für moderne, zukunftsorientierte Betriebe sein (Defizite im Datennetz, Bahnanbindung, Straßensanierung, fehlende Berufsausbildungsstätten). In diesem Programm muss auch eine Möglichkeit eingebaut sein, mittelständische Betrieben Fördergelder für den Umbau bzw. die Modernisierung ihrer Betriebe zur Verfügung zu stellen. Kleine und mittelständische Unternehmen sind darauf angewiesen, Innovation voranzutreiben, u.a., um gegenüber Großbetrieben konkurrenzfähig zu sein. Deshalb zur Steigerung der Attraktivität des Mittelstands:

Bürokratie als Dienst am Bürger begreifen und abbauen

Verwaltung ist wichtig, aber kein Selbstzweck. Sie muss angemessen sein, dem Bürger helfen und nicht hemmen. **Die FREIEN WÄHLER** fordern eine grundlegende Überarbeitung **bürokratischer Vorschriften**, die Entwicklungen behindern, verhindern oder zeitlich in

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

unzumutbare Längen ziehen. Wenn jeder Bauantrag selbst für kleinste Anbauten oder bauliche Veränderungen mehrere Monate reine Bearbeitungszeit benötigt, dann ist das entwicklungsbedrohend. Eine Bon-Pflicht für jedes Brötchen steht in keinem akzeptablen Kosten-Nutzen-Verhältnis. Auch die Verpackungsverordnung oder die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) sind weitere Beispiele für zweifelhafte Verwaltungsvorschriften.

Es besteht insgesamt ein Nachholbedarf bei der **Vereinfachung von Verwaltungsabläufen** und der Nutzung der Chancen der Digitalisierung. Die **FREIEN WÄHLER** sehen die Notwendigkeit, insbesondere Projekte im Rahmen der Digitalisierung vor einer Einführung daraufhin zu überprüfen, ob sie den Verwaltungsaufwand **nachhaltig verringern** oder eher den Aufwand für Unternehmen und Bürger erhöhen.

In Corona-Zeiten leiden...

bestimmte Branchen und vor allem Solo-Selbständige überproportional. Dieser Tatsache tragen Bund und Länder nur begrenzt Rechnung. Hilfen für **Gastronomie, Hotelgewerbe, Reisebranche oder Solo-Selbständige**, die den Geschäftsbetrieb bei fortlaufenden Fixkosten teilweise völlig einstellen mussten, folgten nur zögerlich und sind weiterhin nicht ausreichend. Wenn der Bund nicht hilft, muss das Land einspringen.

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Wir **FREIEN WÄHLER** fordern:

- verstärkte finanzielle Überbrückungshilfen des Landes Baden-Württemberg, die den Bedingungen der kleinen und mittleren Unternehmen sowie Solo-Selbständigen angepasst sind
- vereinfachte Zugangsverfahren und Voraussetzungen zum Erhalt der Förderung
- eine schnelle Hilfe bei gleichzeitiger Verpflichtung, ungerechtfertigte Subventionen zurückzuzahlen
- die Ausweitung im Bereich der Unternehmensfinanzierung in Form stiller Beteiligungen (Zwischenfinanzierungen)
- ein pfändungsfreies Einkommen als Grundlage zum persönlichen Unterhalt

Keinesfalls dürfen Unternehmen künstlich am Leben erhalten werden, die ohnehin wirtschaftliche Probleme hatten und überschuldet waren. Es darf nicht sein, diese, künstlich durch finanzielle Zuwendungen am Leben zu halten, während solide Unternehmen – oft inhabergeführt – um ihren Fortbestand bangen müssen.

Besonderes Augenmerk verdienen Unternehmen und Start-Up-Firmen, die sich in der Entwicklung und Forschung von innovativen Zukunftstechnologien und Produkten befinden, die noch keine Marktreife haben und noch keine nachhaltigen Erträge erzielen. Die **FREIEN WÄHLER** setzen sich dafür ein, dass ihnen neben angemessenen Überbrückungshilfen günstige **Investitionskredite** bereitgestellt werden, wenn ihnen der Zugang zu Krediten auf

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

dem Kapitalmarkt nicht möglich ist.

Die **finanzielle Unterstützung der Wirtschaft in Corona-Zeiten** hat vor allem auch eines bewiesen: Alle Programme waren in erster Linie an den Wirtschaftsbedingungen großer Unternehmen ausgerichtet. Gleichzeitig waren und sind jedoch kleine und mittlere Unternehmen durch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise betroffen. Baden-Württemberg droht ein Kahlschlag im Bereich dieser Wirtschaftstätigkeiten, weil die Programme nicht auf die Bedürfnisse dieses Teils der Wirtschaft ausgerichtet sind.

Kultur nicht vergessen

Auch die kulturellen **Veranstaltungen** im Land sind ein bedeutender Teil der Wirtschaft Baden-Württembergs. Künstler wie Musiker, Bühnen- und Tontechniker, Schauspieler und Schausteller sind früher, heute und künftig aktiv und passiv, als Auftraggeber und Auftragnehmer, auf diese Dienstleistung angewiesen. Entsprechend fordern die **FREIEN WÄHLER** ein Überbrückungsprogramm für den Kulturbereich, das sowohl die Darsteller als auch diejenigen berücksichtigt, die für diese Darstellungen ihren Service zur Verfügung stellen.

Versorgungssicherheit in Zeiten einer Pandemie

Die **Corona-Pandemie** hat gezeigt: **Globalisierung löst nicht alle Probleme** der Weltwirtschaft. Der Zusammenbruch der Medikamentenversorgung, fehlende Schutzmasken

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

und -kleidung selbst in Krankenhäusern, ein Mangel an Desinfektionsmitteln und ausbleibende Verfügbarkeit von Produktionskomponenten machte schlagartig deutlich, wie stark unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft von funktionierenden Lieferketten aus dem Ausland abhängig sind. **Dies darf sich nicht wiederholen.**

Die **FREIEN WÄHLER** bestehen auf einer **Vorratshaltung** notwendiger Rohstoffe und eine **Rückverlagerung der Produktion** lebenswichtiger Produkte im Medizinsektor. Eine **Medikamentenknappheit** gilt es durch eine entsprechende staatliche Reserve zu vermeiden. Solange dies auf deutscher oder europäischer Ebene nicht gewährleistet werden kann, ist das **Land Baden-Württemberg für seine Einwohner in der Pflicht**. Eine neue Pandemie kann noch viel größere Anforderungen an unser Gesundheitswesen stellen, zum Beispiel, wenn die Lebensmittelversorgung gefährdet ist. Diese Gefahr darf nicht ausgeblendet werden.

Datenschutzgrundverordnung nachbessern

Auch zwei Jahre nach der Einführung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) berichten vor allem kleine und mittlere Unternehmen von enormen Problemen bei der Umsetzung. Das geht aus einer Umfrage des Digitalverbands Bitkom hervor, der mehr als 500 Unternehmen befragte. Für **89 Prozent** der befragten Unternehmen sei durch unklare Vorschriften und zusätzliche Anforderungen der Datenschutzbehörden aus der Verordnung "ein Fass ohne Boden" geworden. Fast 60 Prozent der Unternehmen gaben an, dass neue innovative Projekte aufgrund der DSGVO gescheitert sind. Für die **FREIEN WÄHLER** ist die neue DSGVO **praktisch nicht umsetzbar** und eine Nachbesserung für Unternehmer und Verbraucher eine klare Aufgabe für die Politik.

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

3. Mobilität und Infrastruktur

Eine intakte und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist in unserer hoch industrialisierten Gesellschaft für Unternehmen wie für den einzelnen Bürger unverzichtbar. Wir **FREIEN WÄHLER** setzen uns für eine kontinuierliche **Modernisierung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur** ein. Dabei setzen wir auf alle Arten von Verkehrsmitteln und -wegen auf der Schiene, der Straße, zu Wasser oder in der Luft. Gleichermäßen gilt es bei sämtlichen Verkehrsinfrastrukturprojekten, die Interessen der jeweils Betroffenen vor Ort im Rahmen einer **transparenten Bürgerbeteiligung** zu gewährleisten.

Klimaschutz braucht öffentlichen Personenverkehr

Zur Erreichung der ambitionierten nationalen Klimaziele bis 2030 wurde im Dezember 2019 das Klimaschutzgesetz verabschiedet. Eine Maßgabe ist die Steigerung des Schienenpersonenverkehrs um 50% und des Schienengüterverkehrs um 37%. Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 ist auf die neue Gesetzeslage zu prüfen und entsprechend anzupassen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ziele des Klimaschutzgesetzes innerhalb des BVWP umgesetzt werden.

Um die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs zu erhöhen, treten wir für ein sogenanntes 365-Euro-Jahresticket für alle ein. Mit diesem Ticket wird man für **1 Euro am Tag** in einem festgelegten Bereich unbegrenzt fahren können. Die **FREIEN WÄHLER** fordern, dass alle Personen unter 18 Jahren und alle Azubis / Studenten kostenlos eine Monatskarte für den

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Verkehrsverbund ihres aktuellen Wohn- bzw. Tätigkeitsortes erhalten.

Außerdem muss stärker in Busse, Züge, Schienen und moderne Bahnhöfe investiert werden. Doch die Realität sieht anders aus: **Ganze 76 Euro pro Einwohner** investierte der deutsche Staat 2019 in das Schienennetz. Damit belegt Deutschland im internationalen Vergleich nicht nur weiterhin einen hinteren Platz, sondern gibt im Vergleich zu 2018 sogar weniger aus! Aus Sicht der FREIEN WÄHLER wird es ohne massive Investitionssteigerungen in die Bahn-Infrastruktur nicht gelingen, mehr Menschen zum Wechsel von Straße und Luftverkehr auf die Schiene zu bewegen und so dem angestrebten Klimawandel voranzutreiben. Mehrere Komponenten spielen dabei eine Rolle, um die **Attraktivität zu steigern:**

- Keine Streichung bestehender Zugverbindungen, stattdessen weitere Verdichtung des Fahrplans, insbesondere in Randzeiten.
- Ausbau und Modernisierung des Streckennetzes.
- Kein Rückbau oder Stilllegung von Nebenstrecken.
- Reaktivierung stillgelegter Strecken und Schließung von Netzlücken.
- Modernisierung der Bahnhöfe mit Verbesserung der baulichen Substanz, angemessene Sanitäreinrichtungen, verbesserte Sauberkeit und verstärktes Sicherheitspersonal.

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Wir **FREIEN WÄHLER** benennen konkrete Projekte, die wir als vordringlich ansehen:

- Den Ausbau der „Gäubahn“, inklusive einer Weiterführung der Strecke bis Stuttgart Hbf
- Ertüchtigung der Donautalbahn Ulm – Schwarzwald
- Einen umsichtigen Ausbau der Rheintalbahn
- Aufnahme der geplanten ICE-Strecke von Heilbronn nach Würzburg in den Bundesverkehrswegeplan

Zur Verwirklichung gleicher Lebensverhältnisse sehen die **FREIEN WÄHLER** die primäre Aufgabe, den ländlichen Raum nicht weiter abzuhängen und besser an die Mittel- und Oberzentren anzubinden. Nur so bleibt der ländliche Raum als Lebensmittelpunkt und Wirtschaftsstandort attraktiv.

„Güter auf die Schiene“ ausbauen

Einen besonderen Stellenwert einer Mobilitätsoffensive muss die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene bekommen. Ein Postulat, das immer wieder verkündet, aber nie eingehalten wird. Der Anteil des Schienengüterverkehrs liegt seit Jahren unverändert bei ca. 20 Prozent. Die Bahn AG zeigt sich untätig. Im Gegenteil: Die Bahn betreibt mit ihrer Tochter **DB Schenker**, die zu 100 Prozent in ihrem Besitz ist, ihr eigenes Logistik-Unternehmen für die Straße, das sehr viel mehr transportiert als nur die Güter vom Bahnhof

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

zum Kunden und zurück.

Pro Tonnenkilometer verursachen Güterzüge **80 Prozent weniger CO₂ als Lkw**. Dies schlägt sich auch in den versteckten Umwelt-, Klima- und Unfallkosten des Verkehrs nieder, den sogenannten externen Kosten: Demnach ist der Eisenbahnverkehr volkswirtschaftlich mehr als doppelt so kosteneffizient wie der Straßenverkehr.

Wichtige Infrastrukturprojekte im Bahnsektor werden auf deutscher Seite verschleppt, wie beispielsweise der Ausbau der Güterverbindung zwischen **Stuttgart und Zürich**.

Ende 2020 werden, wie gesetzlich vorgeschrieben, alle 120.000 Güterwagen, die im Besitz der **DB Cargo AG** oder deutscher Privatunternehmen sind, **mit leiseren Rädern** ausgestattet sein. Eine um 10 Dezibel verringerte Lärmbelastung kann dadurch erreicht werden. Die Verpflichtung gilt auch für die rund 60.000 Waggons im Besitz ausländischer Firmen, die bei der Umrüstung vielfach nicht nachkommen. Die **FREIEN WÄHLER** fordern, eine strikte Kontrolle der Einhaltung der technischen Umrüstung, um lärmgeplagte Anwohner vor unnötiger Lärmbelastung zu schützen.

Bedenklich ist auch, dass der **Bestand der Güterwagen** der DB Cargo AG in den letzten Jahren um rund 30.000 auf rund 72.000 zurückgegangen ist. Wer ernsthaft den Güterverkehr auf der Schiene ausbauen will, darf nicht permanent die Zahl der Güterwagen reduzieren.

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Wir fordern: Diese Entwicklung muss umgekehrt werden.

Bekenntnis zum Luftverkehr und zur Binnenschifffahrt

Für den Klimaschutz von besonderer Bedeutung ist die Stärkung und Förderung von **klimaneutralem Kerosin** für den Luftverkehr. Die **FREIEN WÄHLER** fordern, dass die Zielvorgabe, eine Quote von zwei Prozent

-freiem Flugbenzin (**Einsparung 200.000 Tonnen CO₂ pro Jahr**) bis zum Jahr 2030 zu erreichen, deutlich erhöht wird und dafür auch Fördermittel zur Verfügung gestellt werden. Damit werden auch der Luftfahrtbranche solide Zukunftsaussichten gegeben.

Zu einem umfassenden Mobilitätskonzept gehören auch die Flughäfen und die Binnenschifffahrt in Baden-Württemberg. Die **Regionalflughäfen in Friedrichshafen und Karlsruhe/Baden-Baden** sind vor allem Ausgangspunkt für touristische Ziele und stellen auch einen wichtigen Standort für die regionale Wirtschaftsentwicklung dar. Sie besitzen auch eine Entlastungsfunktion für den Stuttgarter Flughafen. Der Erhalt dieser Flughäfen setzt allerdings voraus, dass sich ihr Betrieb aus den laufenden Erträgen deckt und **keine permanenten Zuschüsse des Steuerzahlers** erforderlich sind.

Vor dem Hintergrund der Mobilitätswende erachten wir **FREIE WÄHLER** auch die **Binnenschifffahrt und Hafenspolitik** als wichtig. Wir **FREIE WÄHLER** fordern, die Potenziale auszuloten, die zur Entlastung von Schiene und Straße beitragen können, wie neue Cargo-

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

Terminals oder ein bedarfsgerechter Ausbau der Neckarschleusen.

Infrastruktur erhalten: Straßen halten nicht ewig...

... und bedürfen regelmäßiger Instandhaltungsmaßnahmen. Vor allem der Zustand von Brücken wird vielfach kritisiert. Für Baden-Württemberg sagt die Statistik aus, dass sich die gemittelte Zustandsnote (zwischen 1 – sehr gut – und 4 – ungenügend) bei Bundes- und Landstraßen in den letzten Jahren verschlechtert hat. Bei den Bundesstraßen von 2,28, im Jahr 2010 auf 2,38 im Jahr 2020, bei den Landstraßen von 2,27 auf 2,36.

Mittelkürzungen im Verkehrsetat im Haushalt 2020 schmerzten beim Erhalt der Landstraßen, insbesondere bei der Sanierung der Brücken und behindern auch die Erneuerung und den Ausbau von Straßen. Aus Sicht der **FREIEN WÄHLER** sind notwendige Sanierungen zu beschleunigen, um den Zustand der Infrastruktur nicht weiter zu verschlechtern. Ebenso setzen wir uns für lärmgeplagte Bürgerinnen und Bürger ein, die dringend auf eine Verbesserung ihrer Situation durch **sinnvolle Umgehungsstraßen** warten.

Zusammen geht es besser: Nachhaltige Finanzierung und gemeinsame Projekte

Die Kommunen und Länder dürfen bei der Finanzierung dringend notwendiger Infrastrukturmaßnahmen im Verkehrssektor nicht im Stich gelassen werden. Die Verkehrsnetze sehen wir als Teil der **öffentlichen Daseinsfürsorge**. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist als **Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern** zu sehen. Es bedarf

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

zusätzlicher Landesmittel, aber auch höherer Zuwendungen aus dem Etat des Bundesverkehrsministeriums.

Das Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen kann nur funktionieren, wenn die zur Verfügung gestellten Mittel aus den bestehenden Programmen (beispielsweise Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes – GVFG oder (Regionalisierungsgesetz - RegG) abgestimmt eingesetzt werden und der Bund langfristige und planbare Finanzierungszusagen macht.

Neben einer koordinierten Finanzierung von Infrastrukturprojekten fordern die **FREIEN WÄHLER** eine verstärkte länderübergreifende Kooperation bei Infrastrukturprojekten. Schnellstmöglich sollen dabei die Rheinquerungen zwischen **Karlsruhe und Wörth** sowie zwischen **Mannheim und Ludwigshafen** angegangen werden. Die kommunalen **FREIEN WÄHLER** in Mannheim brachten auch Tunnellösungen in die Diskussion ein. Aus ihrer Sicht ist es wichtig, verschiedene zukunftssträchtige Lösungen zu diskutieren.

4. Finanzen und Steuern

In Zeiten der Corona-Pandemie geben die Öffentlichen Haushalte Milliardenbeträge für die Unterstützung der Wirtschaft aus. Das Postulat, Schulden abzubauen, kann in einer solchen Extremsituation nicht gelingen und ist auch nicht sinnvoll. Dennoch ist strikt darauf zu achten, die Gelder zukunftsorientiert einzusetzen, nicht nach dem Gießkannenprinzip zu verfahren und keine ungerechtfertigten Hilfen zu gewähren. Auch in Corona-Zeiten ist mit Augenmaß zu

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

agieren. Die sicherste Methode, die zuletzt durch Corona immens angewachsenen Landesschulden so schnell es geht zurückzufahren, ist eine funktionierende Wirtschaft.

Daneben dürfen weitergehende Ziele, die vor der Pandemie wichtig waren, nicht vernachlässigt werden.

Kreditversorgung sichern

Wir **FREIE WÄHLER** setzen uns dafür ein, die Bankenregulierung mittelstandsfreundlich zu gestalten. Sie darf nicht dazu führen, dass für kleinere und mittlere Unternehmen der Zugang zur Finanzierung erschwert wird. Insbesondere gilt es bei den Eigenkapitalunterlegungspflichten sehr sensibel vorzugehen.

Sparkassen, Genossenschaftsbanken, Unternehmen und Sparer schützen

Wir **FREIE WÄHLER** werden uns weiterhin gegen eine europäische Einlagensicherung stellen, die den bewährten Anlegerschutz in Deutschland und sogar indirekt die Zahlungsfähigkeit von Betrieben und Handwerksunternehmen gefährdet. Wir wollen nicht, dass unsere soliden wirtschaftenden Sparkassen und Genossenschaftsbanken gezwungen werden, für marode Banken in Mithaftung genommen zu werden. Lange Zeit wurde unsere Position von der Mehrheit der Parteien getragen, doch die gemeinsame Front wackelt. Wir werden uns mit aller Macht im Schulterschluss mit den Verbänden der Sparkassen und der Volks- und Raiffeisenbanken dafür einsetzen, dass das bewährte System unserer Sparkassen und

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Genossenschaftsbanken uneingeschränkt erhalten bleibt. Ebenso fordern wir den Einsatz des Landes Baden-Württemberg für den **Erhalt unseres bewährten deutschen Drei-Säulen-Banken-Modells** ein. Gerade in Zeiten der Krise hat sich unsere Bankenstruktur für Sparer, Anleger und mittelständische Wirtschaft bewährt. Den wiederholten Versuchen der EU, die Struktur unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Frage zu stellen, erteilen wir eine klare Absage. Denn sie sind wichtige Finanzpartner vieler Menschen und Unternehmen in unserem Land. Wir werden weiterhin bei der Regulierung zwischen Sparkassen, Genossenschaftsbanken oder Förderbanken mit risikoarmen Geschäftsmodellen und den systemrelevanten Großbanken unterscheiden. Die kleinen Institute dürfen nicht die Lasten des besonderen Kontrollerfordernisses der Großen tragen.

Landesvermögen, Landesbeteiligungen und öffentliche Finanzen

Die demographische Entwicklung wird dafür sorgen, dass die Bevölkerungszahl und die Wirtschaftskraft in Baden-Württemberg stagniert oder sogar rückläufig sein werden. Deshalb muss eine verantwortungsvolle Landesregierung schon jetzt dafür Sorge tragen, dass die „Fixkosten“ für Personal und Verwaltung sowie die Pensionslasten nicht ständig über dem Inflationsmaß weiter steigen. Weiterhin sollte eine strikte Einhaltung des

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Konnexitätsprinzips Bestand haben.

Wir **FREIE WÄHLER** fordern:

- dass zukünftig weniger Beamte eingestellt werden. Angestellte im öffentlichen Dienst können viele Arbeiten genauso gut erledigen. Hierdurch wird die gesetzliche Rentenversicherung gestärkt und es fallen keine Versorgungskosten im Alter an,
- dass der Verfassungsgerichtshof bei der Überprüfung der Staatsausgaben gestärkt werden sollte,
- dass Pensionsrücklagen für Landesbeamte nachhaltig in einem Pensionsfonds des Landes geschaffen werden,
- dass die Ausgaben für Beraterverträge reduziert werden,
- dass eine regelmäßige Überprüfung der Beteiligungen des Landes an Unternehmen auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft wird,
- dass klare Sanktionen bei Verstößen und Verschwendung von Steuergeldern erfolgen.

Steuereinnahmen für Konjunktursteuerung nutzen

Der Landeshaushalt muss immer umgekehrt proportional zur Wirtschaftslage sein: d.h. bei guter Konjunktur und entsprechend hohen Steuereinnahmen muss für das Gegenteil angespart werden. Weder hohe Ausgaben noch die Reduzierung von Schulden dürfen unter irgendeinem anderen politischen Ziel stehen als der direkten oder indirekten Steuerung der

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Konjunktur.

Die Pandemie hat notgedrungen völlig andere Finanzziele hervorgebracht, als dies noch im letzten Jahr möglich und denkbar gewesen wäre. Niemand in der Gesellschaft wird sich gegen den Plan wehren wollen, Wirtschaft und Arbeitsplätze mit Hilfe öffentlicher Investitionen überleben zu lassen. Angesichts der kaum vorstellbaren riesigen Summen ist es umso wichtiger, dass die Verwendung, das Ziel und der Grund für diese Ausgaben für jeden Bürger als Corona-bedingt nachvollziehbar sind. Es ist fatal, wenn einerseits die schlechte Handhabung von Corona-Hilfsgesetzen öffentlich wird, der einzelne Bürger im Antrags-Chaos oder in unklaren Bemessungs- und Verteilungsgrundlagen versinkt und andererseits immer mehr Steuermittel auch für andere als Corona-bedingte Ausgaben verteilt werden. Klientelpolitik schließt sich in einer staatlichen Gemeinschaft aus, die diesen Begriff verdient.

5. Bildung und Ausbildung

Bildungspolitik ist einer der Kernbereiche der Kompetenzen der Bundesländer. Kaum ein Politikbereich, in dem Autonomie und Eigenständigkeit so ausgeprägt sind. Alle Versuche, Bildungsstandards zu vereinheitlichen, sind bisher weitgehend gescheitert.

Deutschland hat in den letzten Jahren im internationalen Bildungsvergleich stark eingebüßt. Dies liegt vor allem an unserem maroden und kaputt gesparten Bildungssystem. Wir können den Herausforderungen der Zukunft nur dann begegnen, wenn wir auch Veränderung zulassen. Ein Umschwung in der Bildung ist im Hinblick auf „new-learning“ und lebenslanges

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Lernen zwingend notwendig und baldigst umzusetzen.

Bildung fängt nicht erst in der Schule an

Je besser die Vorbereitung, desto größer die Erfolge in der Schule.

FREIE WÄHLER fordern ortsnahe Kindergärten und Kindertagesstätten. Zentralisierung im Kindergartenbereich mag billiger sein, erfordert aber von Kindern – oder deren Eltern – lange Anmarschwege und längere Verweilzeiten außer Hause.

Obwohl alle Eltern ein Recht auf einen Kindergartenplatz für jedes ihrer Kinder haben, ist die Realisierung dieses gesetzlichen Anspruchs oft nicht möglich. **FREIE WÄHLER** fordern eine zeitnahe Realisierung dieses

gesetzlichen Anspruchs in den Städten und im ländlichen Raum.

Hier müssen auch Kinder mit Migrationshintergrund früh an die deutsche Sprache gewöhnt werden. Die Grundschule ist außerstande, die **Sprachbarrieren** der Kinder in vier Jahren, ohne die Vorbereitung in Kindergärten und Kindertagesstätten zu überwinden. Viel zu viele Kinder verpassen einen weiterführenden Bildungsgang allein aus Sprachgründen. Ein auf Technologie und gute Bildung aufgebautes gesellschaftliches System wie in Baden-Württemberg kann es sich nicht leisten, diesen Teil der Bevölkerung zu wenig zu fördern.

FREIE WÄHLER fordern flächendeckende Ganztagsangebote in Kindergärten und Grundschulen. Erst wenn Familien frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder nur am

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Vormittag oder bis zum Nachmittag in Kindergärten oder Grundschulen betreuen lassen, ist der gesetzliche Anspruch auf einen Kindergartenplatz auch in der Praxis umgesetzt.

Bildung ist eine Investition in die Zukunft!

Bildung und Ausbildung an den Schulen, Berufsschulen, Universitäten und Hochschulen sind die Grundlage für die Zukunft Baden-Württembergs. Es gibt zu wenige Lehrkräfte, marode Schulen und Schulturnhallen, zu große Lerngruppen, unzufriedene Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern:

- an allen Schulen genügend Lehrkräfte in kleineren Klassen mit maximal 24 Schülerinnen und Schüler,
- ein Neudenken der räumlichen Gestaltung in den Schulen,
- an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen mehr Studienplätze, um ein diesem reichen Bundesland angemessenes Bildungssystem sicherzustellen.

Baden-Württemberg hat **keine Bodenschätze**. Umso mehr müssen unsere Kinder ihrem Leistungsvermögen und ihren Fähigkeiten gemäß ausgebildet werden.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern, Lehrer- und Studienplatzmangel im Land endlich zu beenden! Seit einem Jahrzehnt wird in der Bildungspolitik im Land nur der Mangel verwaltet. Es gibt zu wenige Lehrkräfte, marode Schulen und Schulturnhallen, zu große Lerngruppen,

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

unzufriedene Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern.

Schulpolitik ist ein Generationenvertrag

Eine grundsätzliche Diskussion über Schul- und Ausbildungsformen kam in Baden-Württemberg bisher nicht in Gang. Baden-Württemberg steht im bundesweiten Bildungsranking auf einem mittleren Platz, in der Pro-Kopf-Investition auf einem der hinteren Plätze. Die Schüler von heute sind nicht dümmer als die von früher. Aber sie haben es mit einer Bildungspolitik zu tun, die weder die finanziellen Mittel noch die Entwicklungsideen für ihre Zukunft aufbringt.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern ein Ende der Knausrigkeit in der Bildungspolitik. Bildungspolitik ist Investition für die Zukunft. Ein Land ohne jegliche Rohstoffe, kann die Zukunft nur über die Qualifizierung der Jugend sichern. Baden-Württemberg verspielt seit Jahren diese Zukunft. Damit muss Schluss sein.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern für die **gymnasiale Bildung** den neunjährigen Zug (G 9), der die Möglichkeit gibt, in Unter- oder Mittelstufe eine Klasse zu überspringen, um das Abitur ggfls. in acht Jahren zu absolvieren. Schülerinnen und Schüler müssen die Möglichkeit bekommen, nicht nur in Propagandareden, sondern im täglichen Unterricht gefordert und gefördert zu werden. Das geht nur mit einem auf die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler eingehenden, grundsätzlich überarbeiteten Lernplan, kleineren Lerngruppen/Klassen und dem Ausbau des Lehrkräftepotentials, um dem ausfallenden Unterricht endlich den Weg in

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

die Vergangenheit zu weisen.

Das neunjährige Gymnasium bietet den Schülern eine Entzerrung des Lehrplans. Dadurch wird die dringend benötigte Freizeit gewonnen, Interessen und Hobbies, sei es im musischen, sportlichen oder sozialen Bereich nachgehen zu können. Für die Persönlichkeitsbildung sind diese Aktivitäten unverzichtbar.

Die **Freien Wähler** fordern eine Gemeinschaftsschule, die sich nicht in Konkurrenz zum klassischen Gymnasium sieht, sondern als eine der Bildungssäulen, die Eltern und Schülerinnen und Schüler zur Wahl für eine ihren jeweiligen Fähigkeiten entsprechende angemessene Bildung und Ausbildung wählen können. Gemeinschaftsschulen müssen in die Lage versetzt werden, alternative Lernformen mit neuen Ansätzen in der räumlichen und pädagogischen Gestaltung zu entwickeln und zu praktizieren. Die Differenzierung zu einem späteren Zeitpunkt als nach der vierten Grundschulklasse muss in Gemeinschaftsschulen im Lerninhalt und im Fächerkanon berücksichtigt werden. Dort, wo eine gymnasiale Oberstufe an der **Gemeinschaftsschule** möglich ist, müssen auch frühzeitig Gymnasiallehrer in allen Fächern eingesetzt werden. Ebenso ist es auch wichtig, die **Realschule** als wichtige Säule des Schulsystems in Baden-Württemberg zu erhalten und auszubauen. Gleichzeitig braucht Baden-Württemberg neben der Entwicklung von Gemeinschaftsschulen auch dringend **integrierte und differenzierte Gesamtschulen**, die sich in anderen

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Bundesländern als wichtige Stütze des Bildungssystems bewährt haben.

Schule ist mehr als Unterricht

FREIE WÄHLER sehen den gesellschaftspolitischen Auftrag der Schulen. Über die reine Fachwissensvermittlung hinaus müssen sich Lehr- und Stoffpläne daran ausrichten, den Schülerinnen und Schüler grundsätzlich auch Zeit und Möglichkeit zu lassen, in Vereinen, Arbeitskreisen und musischen Stätten ihre Freizeit organisieren zu können. Ein entsprechend künstlerisches oder sportliches Angebot soll auch im Arbeitsgruppen-Angebot der Schulen verpflichtend verankert sein. Die Lehrkräfte müssen die entsprechende Betreuung in ihrem Deputat anerkannt bekommen.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern die Integration von Vereinen und musischen Bildungsangeboten in den Schulalltag. Es gibt gute Gründe dafür, das gesamtgesellschaftliche Leben in Musik- & Kunsthochschulen oder Umweltschutz-Initiativen kooperativ in den Unterricht zu integrieren. Zu dieser Integration gehören ausdrücklich auch regelmäßige Informationsveranstaltungen durch Teilnahme an Gerichtsverhandlungen, Ortschaftsrats-, Gemeinderats- und Landtagssitzungen. Unsere Demokratie lebt davon, dass unsere Bürger wissen und möglichst früh lernen, wie sie funktioniert, wer sie praktiziert und warum es die beste für uns verfügbare Staatsform ist.

Die UNO Kinderrechtserklärung fordert, dass Schule in den ersten zehn Jahren kostenfrei für die Schülerinnen und Schüler sein muss. Die Bundesrepublik hat diese Erklärung

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

mitunterschrieben. Die **FREIEN WÄHLER** fordern, dass diese Selbstverpflichtung der Bundesrepublik sich auch in der vollständigen Übernahme der Transportkosten für Schülerinnen und Schüler zur Schule ihrer Wahl niederschlägt.

Inklusion zu Ende denken

Die im Land **praktizierte Inklusion** litt von Beginn an darunter, dass geistig behinderte Kinder einfach nur „eingepasst“ werden. Lehrkräfte sind zumeist überfordert, wenn sie ohne Verkleinerung der Lerngruppen „neben“ dem normalen Unterricht für nicht geistig Behinderte auch noch sonderpädagogische, pflegerische und psychologische Arbeit leisten müssen. Es ist nicht verwunderlich, dass auf diese Weise eine gesellschaftlich wertvolle Idee zunehmend an Zustimmung verliert und zu ständig wachsendem Widerstand gegen die Inklusion führt. **Inklusionsorientierte Bildungspolitik** kostet Geld. Und genauso wie im Rest der Bildung wird dieses vom Land nicht oder zu wenig zur Verfügung gestellt.

Bildungsplanung langfristig anlegen

FREIE WÄHLER fordern, dass Bildung im Land – einschließlich der Inklusion – nicht nach Kassenlage auf- und ausgebaut wird. Bildung muss als oberstes Ziel der Landespolitik und als prioritäre Zukunftsinvestition akzeptiert werden. Andere, durchaus wichtige Aufgaben müssen dahinter zurückstehen.

Um langfristige Perspektiven und eine erfolgreiche Bildung und Ausbildung für das Land zu

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

garantieren, muss der Landtag einen **Bildungsplan** beschließen, der Vorgaben für die Zahl an Lehrkräften, Studienplätzen, Schulen und deren Ausstattung – insbesondere in der Digitalisierung – macht. Dieser Bildungsplan darf nicht unter den jeweils kurzfristigen politischen Ambitionen von Regierungen gleich welcher Couleur beschlossen werden, sondern muss am besten als gemeinsamer Beschluss des Landtages zu Beginn der nächsten Legislaturperiode beschlossen werden. Die Budgetplanungen der Landesregierungen haben sich an diesem Bildungsplan zu orientieren!

Universitäten, Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen...

...existieren nicht im gesellschaftsfreien Raum. Sie sind fester Bestandteil des Bildungsangebots im Land und schaffen durch ihre Bildungsinhalte die Voraussetzungen für den Erfolg der Absolventen in Handel, Industrie und Verwaltung.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern eine verstärkte Förderung des Landes für das Studium von Zukunftstechnologien.

Um nicht andauernd am tatsächlichen Bedarf vorbei auszubilden, muss die Grundlage der Prognosen für die Entwicklung der Kinder, Schülerinnen, Schüler und Studenten dringend verbessert werden.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern, die Zugangsvoraussetzungen für Studiengänge zu reformieren: Die Eignung beispielsweise für einen pädagogischen Beruf muss möglichst früh, am besten durch Zwischenprüfungen nach jeweils zwei Semestern, gewährleistet sein.

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Lehramtsbezogene Studiengänge sollen zu Lehrkräften bilden und nicht zu Physikern, Mathematikern oder Biologen. Adäquate Prüfungen in anderen Studiengängen müssen dasselbe Ziel haben: Die Eignung der Studenten für den gewählten Beruf testen. Die **FREIEN WÄHLER** fordern eine ständig praxisbezogene Anbindung der Studieninhalte und eine regelmäßige Überprüfung der Fachkompetenz in der Praxis.

Im Zuge der **Bologna-Reform** hat das Land die Universitäten beauftragt, ihren Studiengang jeweils selbst zu entwickeln und zu planen. Hieraus resultiert eine unkoordinierte Entwicklung ohne Kompatibilität und dies sogar innerhalb eines Bundeslandes. Ein Studienwechsel ist kaum noch ohne Nachstudieren möglich, da die Anerkennung der Studienleistungen innerhalb des Bundeslands nicht mehr von vorneherein garantiert wird. Die Ziele von Bologna werden hiermit konterkariert.

Wir **FREIEN WÄHLER** fordern:

- Universitäten und Hochschulen dienen sowohl der **Lehre als auch der Forschung**. Beide Bereiche gehören gleichwertig gefördert. Dazu gehört eine erhöhte staatliche Grundförderung der Bildungseinrichtungen. Auch verdient der akademische Mittelbau eine bessere Bezahlung.
- Eine wichtige Voraussetzung für ein funktionierendes Hochschulwesen ist eine verbesserte Bedarfsermittlung für Studienkapazitäten und -gängen. Wir fordern eine von der Landesregierung fortlaufend aktualisierte Bedarfsplanung.
- Wir stehen für ein **Bekennnis zur Festanstellung** des akademischen Personals und

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

wenden uns gegen ein System weit verbreiteter Zeitverträge. Vor allem Forscher müssen langfristig ihre Arbeit planen können.

- Eine **Verschränkung von beruflicher und akademischer Ausbildung** stärkt den Praxisbezug und die Verschränkung von Wirtschaft und Lehre, deshalb setzen wir uns für mehr duale Studienangebote ein.
- Die größte Herausforderung für Studenten und Studentinnen ist der angespannte Wohnungsmarkt. Der **Bau von Studentenwohnheimen** und die Schaffung günstigen Wohnraums für den akademischen Nachwuchs stehen auf der Agenda der **FREIEN WÄHLER** ganz oben.

Ausbildung schafft Zukunft in Arbeit

Das duale System und die Ausbildung in allen nicht-akademischen Berufen genießt weltweite Anerkennung. Dem steht der Fachkräftemangel gegenüber, der auch durch die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte nicht ausgeglichen werden kann.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern für die Ausbildung

- Modernisierung der Berufsbilder,
- Modernisierung der Bildungsmittel und Ausbildungsgeräte,
- Aktualisierung der Ausbildungswege,
- Attraktivitätssteigerung der Handwerksberufe,

Die **Integration von Migranten** nach absolvierter Ausbildung zur qualifizierten Fachkraft

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

muss gefördert werden. Wer in Baden-Württemberg einen Ausbildungsberuf erlernt hat, muss damit die Zukunft in unserer Gesellschaft gesichert haben. Eine reine „Duldung“ ist nicht ausreichend. Handwerk und Handel brauchen Fachkräfte. Fachkräfte mit Migrationshintergrund müssen im Land gehalten werden und dürfen nur nach kriminellen und strafrechtlich relevanten Handlungen die Aufenthaltsgenehmigung verlieren.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern eine Berufs-Ausbildungsüberprüfung für eingewanderte qualifizierte Fachkräfte. Bei erfolgreichem Bestehen dieser Prüfung müssen die dadurch erworbenen Zertifikate, den im Land möglichen Abschlüssen gleichwertig sein.

Kaum jemand arbeitet am Ende seiner Arbeitszeit noch in demselben Beruf, in dem er gebildet oder ausgebildet wurde. Die Möglichkeiten für Fortbildung oder für den **Erwerb zusätzlicher Qualifikation** muss staatlich besser gefördert werden.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern einen **Berufsausbildungsfonds**, finanziert mit öffentlichen und privaten Mitteln, der interessierten Fachkräften die Möglichkeit bietet, entweder in Teilzeit oder in Vollzeit in Aufbauseminaren zusätzliche Qualifikationen für den ausgeübten Beruf zu erwerben. Der Schwerpunkt muss auf einer Art update der zu Beginn der Arbeitszeit erlernten Qualifikationen sein.

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

6. Digitalisierung

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig funktionierende Glasfaser- und Mobilfunknetze sind. Die Digitalisierung unseres Landes gilt es zu beschleunigen. Neue Formen des digitalen Arbeitens werden in immer kürzeren Zeitabständen entwickelt und eingeführt. Um unsere Industrie, unser Handwerk, unsere Dienstleistungsbranchen und den Handel konkurrenzfähig zu halten, bedarf es vermehrter Anstrengungen und Impulse durch die Politik.

Digitalisierung für die gesamte Gesellschaft ermöglichen

In Stuttgart, der Landeshauptstadt, wird es noch vier Jahre dauern, bis alle Schulen an das Breitbandnetz angeschlossen sein werden. In Neckarsulm hat der Gemeinderat in eigener Regie die Glasfaserverbindung der Schulen beschlossen und finanziert. Diese Insellösungen, noch dazu auf Schleichwegen verspätet realisiert, sind alles andere als vielversprechend für die Zukunft des Landes, stehen aber für viele Beispiele. Viele Unternehmen vor allem auf dem Land – aber nicht nur dort – warten auf leistungsfähige Breitbandverbindungen, die komplizierte computergestützte Arbeitsvorgänge überhaupt erst ermöglichen. Ohne ein leistungsstarkes Internet leidet die Konkurrenzfähigkeit. Funklöcher auf Autobahnen und in Zügen sind ein gewohntes Erlebnis und für die Geschäftswelt nicht mehr hinnehmbar.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern einen **Digitalisierungsplan**, der den vollumfänglichen, flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes und des 4G-Funknetzes gewährleistet sowie

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

ebenso den Ausbau des 5G-Standards vorantreibt.

Findet sich kein ausbauwilliger Anbieter, so muss das Land Sendemasten in Eigenregie bauen, die dann an alle Mobilfunkbetreiber vermietet werden, wobei die Mobilfunkbetreiber diese Masten in ihre Netze einbinden müssen (vgl. Frankreich).

Zur Erleichterung von Arbeitsabläufen muss die gesamte **öffentliche Verwaltung** schnellstmöglich auf Online-Verfahren umgestellt werden. Was in anderen Ländern (Estland, Dänemark, Schweden) schon längst Routine ist, muss in einem Land, das sich gerne als eines der führenden Industriestandorte Deutschlands bezeichnet, endlich angegangen werden. Baugenehmigungen, Passanträge, standesamtliche Bescheinigungen, Gewerbeanträge könnten allesamt online beantragt und ohne Wartezeiten im Amt online bearbeitet werden. Die Digitalisierung muss stets dazu dienen, bestehende Verfahren zu vereinfachen und insgesamt dem Ziel der Kostensenkung innerhalb der öffentlichen Verwaltung dienen.

Das **mobile Arbeiten** ist im Pandemie-Zeitalter plötzlich wichtig und richtig geworden. Es gibt viele Bereiche, in denen mobiles Arbeiten sinnvoll ist. Industrie, Verwaltungen, Banken und Versicherungen könnten mobiles Arbeiten wirksamer in ihre Abläufe und Beschäftigungsfelder integrieren, wenn die dafür nötige Infrastruktur eines mobilen,

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

leistungsstarken Netzes überall vorhanden wäre.

Wir **FREIE WÄHLER** stehen für:

- eine moderne Ausgestaltung der Arbeitswelt und das Fördern des Mobilen Arbeitens,
- eine Vermeidung eventueller steuerlicher Nachteile, wenn Mitarbeiter im mobilen Arbeiten tätig sind.

Digitalisierung muss sicher sein. Ein Leitfaden im Internet über den Schutz vor Cyber Crime kann nicht die Aufklärung vor den Risiken im Internet ersetzen. Je mehr die Digitalisierung vorangebracht wird, desto wichtiger ist der Aufbau eines wirksamen Schutzes vor Missbrauch. Auch dieser muss in einem **Digitalisierungsplan** integriert sein.

Digitalisierung von Schulen, Hochschulen und Universitäten

Die **FREIEN WÄHLER** fordern das sofortige Ende der digitalen Steinzeit an den Schulen, Hochschulen und Universitäten im Land.

Jahrelang hat das Land es versäumt, die Bildungsstätten auch nur auf einen akzeptablen Gegenwartsstandard zu bringen.

In Baden-Württemberg liegen die seit Jahren vom Bund genehmigten Milliarden des Digitalpaktes für die Schulen auf den Konten des Bundes. Der Grund: Zu unübersichtliche und

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

komplizierte Antragsverfahren, verbunden mit der Forderung an die beantragenden Schulen, ein Medienkonzept vorzulegen. Es hat Monate gedauert, bevor das Kultusministerium verfügte, dass ein umfassendes Medienkonzept einer Schule nachgereicht werden könnte. Die **FREIEN WÄHLER** fordern die sofortige Freigabe der Bundesmittel aus dem Digitalpakt für die beantragenden Schulen.

Datenschutzkonforme Digital-Lösungen aus dem Land

Die **FREIEN WÄHLER** fordern eine datenschutzkonforme Lösung für alle digitalen Plattformen, die in den Schulen betrieben oder neu eingeführt werden. Das Kultusministerium muss die Souveränität über alle Daten haben, die in Schulen des Landes anfallen.

Aus Sicht der **FREIEN WÄHLER** gilt es,

- die Versorgung mit digitalen Endgeräten für alle am Bildungsprozess beteiligten Lehrkräften, Schülerinnen, Schüler und Studenten sofort umzusetzen,
- die umgehende und umfassende Schulung aller Lehrkräfte inklusive der Vorbereitung auf die Möglichkeit einer zukünftigen Online-Unterrichtsphase sicherzustellen,
- die Klärung aller Organisationsfragen im Zusammenhang mit dem verstärkten Einsatz von Online-Unterricht und digitaler Lehrmethoden auch im Präsenzunterricht durch das

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

Kultusministerium verbindlich festzulegen,

- die Lehrkräfte von der Wartung von PCs, Laptops, Tablet, oder dem digitalen Netz zu befreien, um ihrer Hauptaufgabe nachgehen zu können: Unterrichten,
- Alle Schulen müssen so schnell es geht an die **Breitbandversorgung** angeschlossen werden.

7. Innere Sicherheit und Justiz

Wir **FREIEN WÄHLER** stehen zu unserer Polizei. Kaum eine Berufsgruppe, die sich in den vergangenen Monaten mehr öffentlicher Kritik stellen musste, die vielfach erheblich überzogen und ungerechtfertigt war. Kaum eine Berufsgruppe, die mehr zunehmende Respektlosigkeit bis hin zu gewalttätigen Angriffen im täglichen Berufsalltag erfahren muss. Ebenso vermisst sie mangelnde Unterstützung durch die Politik, wenn sich die Beamten nach schweren Krawallen für ihr Einschreiten gegenüber Gewalttätern rechtfertigen müssen, oder wenn Beamte erleben müssen, wie selbst Serientäter nach Festnahmen von Haftstrafen verschont bleiben. Zur Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates, das die **FREIEN WÄHLER** geschützt wissen wollen, kann und muss die Polizei auch auf physischen Zwang

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

zurückgreifen können.

Den Höhepunkt der Missachtung der Polizei ereignete sich im Frühjahr 2020, als das Berliner Abgeordnetenhaus die Beweisumkehr bei angeblichen Diskriminierungen beschloss: Wenn ein Mann oder eine Frau sich von einem Polizeibeamten diskriminiert fühlt und dies zur Anzeige bringt, gilt jetzt neues Recht. Nicht mehr der Kläger muss die Diskriminierung beweisen, sondern der Polizist, dass er korrekt gehandelt hat. Deutlicher kann Geringschätzung nicht zum Ausdruck gebracht werden. **Soweit darf es in Baden-Württemberg niemals kommen!**

Respektlosigkeit müssen dabei nicht nur Polizeibeamte erfahren, sondern **ebenso Sanitäter, Feuerwehrleute, Vertreter anderer Hilfsdienste oder auch Mitarbeiter von Behörden**. All diese Angriffe gilt es, von der Justiz konsequent zu bestrafen und nicht als Bagatelle abzutun.

Der Bürger erwartet, in Sicherheit leben zu können. Wir brauchen dafür eine gut geschulte Polizei als Stützpfeiler unserer parlamentarischen Demokratie. Die größtmögliche Akzeptanz von Polizeiarbeit wird beim Bürger erreicht, wenn er das Gefühl haben kann, dass Recht und Ordnung ohne Ansicht der Personen oder deren wirtschaftlichem oder gesellschaftlichem Stand angewendet werden. „**Vor dem Gesetz sind alle gleich!**“ ist eine der

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Grundvoraussetzungen für die Akzeptanz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Sicherheitskräfte benötigen ...

... zur optimalen Bewältigung ihrer Arbeit:

- Einen ausreichenden Personalbestand, der zur Erfüllung ihre Aufgaben erforderlich ist und die Zahl von Hunderttausenden von Überstunden nicht weiter anwachsen lässt.
- Eine grundlegende Aus- und ständige Fortbildung auch in der Durchsetzung des Rechts und die rechtssichere Anwendung des unmittelbaren Zwangs.
- Eine zeitgemäße Ausrüstung, wozu auch die in anderen Bundesländern üblichen Elektroimpulsgeräte gehören.
- Eine leistungsbezogene Bezahlung und gute Aufstiegsmöglichkeiten.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern eine abgestimmte Zusammenarbeit der Landes-Sicherheitsbehörden gegen organisierte und Banden-Kriminalität. Auch in der Überwachung möglicher Gefährder im terroristischen Umfeld müssen die Sicherheitsbehörden verstärkt zusammenarbeiten. Eine Behörden-übergreifende IT-Struktur muss datenschutzgerecht aufgebaut werden.

Klare Trennung von Aufgaben

Um das geschulte und dafür ausgebildete Personal bei der Polizei verstärkt sachgerecht

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

einsetzen zu können, fordern die **FREIEN WÄHLER** den Aufbau einer Ordnungsbehörde, die sich ausschließlich mit Kontrolldiensten, Verkehrs-Kontrollen, Verstößen im Verkehr sowie mit Bagatelldelikten befasst. Fahndungen, kriminelle und politische Delikte bleiben der Polizei vorbehalten. Das Polizeigesetz ist entsprechend zu ändern, die Zuständigkeit der Sicherheitsbehörden muss klar definiert werden.

Verfassungstreue Beamte in Uniform

Angesichts der bekannt gewordenen Vorfälle von rechtsradikalen Äußerungen innerhalb der Polizei gilt es, die Verfassungstreue unserer Polizeibeamten schon frühzeitig sicherzustellen. Derartiges Fehlverhalten schädigt das Gesamtbild unserer Polizei und kostet Vertrauen. Die derzeit gängige Überprüfung der Dienstanwärter beruht lediglich auf Eigenangaben. Wir **FREIE WÄHLER** fordern, Regelabfragen beim Verfassungsschutz bei Neuanwärtern für den Polizeidienst durchzuführen.

Extremismus hat in den Reihen der Polizei nichts zu suchen und muss **konsequent verfolgt** werden. Die Politik auf der anderen Seite hat dafür zu sorgen, die **Frustration bei den Beamten abzubauen**.

Clan-Kriminalität, Terrorismus und Extremismus

Die immer dringlicher werdenden **Probleme um Banden- und Clan-Kriminalität** benötigen

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

eine stärkere Fokussierung der Sicherheitsbehörden auf diesen Bereich. Der Ehrenkodex dieser kriminellen Vereinigungen baut auf den Strukturen überkommener Traditionen ihrer Heimatländer auf. Daraus entwickeln sich immer häufiger **Parallelgesellschaften**, die ihre **eigenen gruppenspezifischen Rechtsräume** schaffen, in denen die Werte der freiheitlich demokratischen Grundrechte verachtet werden und die keine Akzeptanz gegenüber der staatlichen Exekutive und Legislative haben. Die Parallelgesellschaften konnten nur entstehen, weil Politiker jahrzehntelang wegschauten und Ermittlungsarbeit geringschätzten. **Wir sind für eine Null-Toleranz-Politik und eine konsequente Justiz.**

Der innere Frieden unserer Gesellschaft wird durch **islamistischen Terror** sowie **links- und rechtsextremer Gewalt** bedroht." Das Erkennen und Verfolgen von Gefahrenpotentialen sind oftmals nicht ausreichend vorhanden. Zur Verbesserung gehört eine viel engere, länderübergreifende Zusammenarbeit. Wir **FREIEN WÄHLER** fordern, die föderalistische Kleinstaaterei zugunsten einer Stärkung der Verfassungseinrichtungen des Bundes weiterzuentwickeln.

Verstärkung der Justiz

Die **Gerichtsbarkeit** muss wieder zu nachvollziehbaren Bearbeitungszeiten kommen. Wenn zwischen Delikt und Gerichtsverhandlung fast schon die Verjährungsfrist droht, dann lässt sich das nicht mit dem Rechtsgefühl der Bürger vereinbaren.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern den personellen Ausbau der Justizbehörden. Genügend Richter

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

müssen für die Bearbeitung der ständig zunehmenden zivil- und strafrechtlichen Verfahren zur Verfügung stehen.

8. Migrations- und Asylpolitik heißt Integration fördern

Fremdsein durch Integration verhindern

Jeder ist überall fremd – außer zuhause!

Niemand im Land darf vergessen, dass Fremdsein etwas mit Kommunikation zu tun hat.

Bürger, die in Baden-Württemberg leben und die deutsche Sprache nicht sprechen, haben kaum Aussicht darauf, das Land als ihre Heimat annehmen zu können. Umgekehrt werden Baden-Württemberger kaum die Chance haben, die neuen Bürger im Land als Nachbarn, Arbeitskollegen und Freunde zu erkennen und anzuerkennen, solange diese sich nicht in der Sprache des Landes verständlich machen können, in dem sie auf Dauer leben, arbeiten und ihren Kindern eine Zukunft bieten wollen.

Die Migrations- und Asylpolitik spaltet Europa, spaltet auch unsere Gesellschaft. Auf der einen Seite werden massive Herausforderungen durch Migration bewusst verdrängt und auf der anderen Seite wird gegen Migranten und Asylsuchende gehetzt und werden Menschen

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

stigmatisiert.

Herausforderungen benennen

Wir **FREIEN WÄHLER** schauen nicht weg, wir benennen Herausforderungen beim Namen und wollen zu ihrer Lösung konstruktiv beitragen, damit langfristige Integration gelingen kann.

Vielfach besitzen Konflikte einen religiösen Hintergrund. Der Glaube darf weder die Ursache für Ablehnung sein noch der Grund, sich nicht in der (neuen) Heimat integrieren zu wollen.

Wir **FREIEN WÄHLER** sind stolz darauf, niemanden aufgrund seiner Religion, seiner Herkunft, seines Geschlechts oder seiner Hautfarbe zu diskriminieren. Wer in unserer Gesellschaft zuhause sein will und sich auf der Basis unseres gemeinsamen demokratischen Grundverständnisses bewegen will, dem dürfen wir nicht die Integration in unserer Gesellschaft erschweren oder gar verhindern.

Das Land Baden-Württemberg hat einen Ansatz zu verfolgen, der Migranten und Kriegsflüchtigen eine Perspektive bietet, die ein Leben in unserem Land als einen Gewinn betrachten und sich in unsere liberale und offene Gesellschaft einbringen möchten. Für alle, die in unserem Land leben wollen, können nur unsere Rechtsordnung und unser weltliches, politisches und gesellschaftliches System als Richtschnur maßgeblich sein. Einem Rückzug in

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

Parallelgesellschaften werden wir entgegentreten.

Wir unterstützen alle, die mit uns unsere Gesellschaft weiterentwickeln möchten.

Wir **FREIEN WÄHLER** setzen uns ein:

- für den verstärkten Dialog mit und die primäre Unterstützung von liberalen Islamverbänden gegenüber konservativen Kräften in Baden-Württemberg,
- für die Ausbildung von Imamen an Universitäten in unserem Bundesland,
- für eine klare Vermittlung der Grundlagen des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft im Rahmen des Schulunterrichts,
- für die Ausbildung und den Einsatz speziell geschulter Pädagogen,
- für Widerstand gegen Versuche ausländischer Staaten, in Deutschland oder Europa lebende Muslime politisch zu beeinflussen und gegen unsere Demokratien agitieren zu lassen,
- eine konsequente Abschiebep Praxis bei von Straftätern.

9. Landwirtschaft und ländlicher Raum

Baden-Württemberg hat seit Jahren kein wirkliches Konzept, um die Landwirtschaft zwischen Brüssel und dem Wochenmarkt vernünftig einzuordnen. Wie jeder andere Beruf auch, muss der Landwirt für seine Arbeit und seine Produkte angemessen entlohnt werden. Das kann nicht gelingen, wenn jeder Apfel aus Chile und jede Flasche Wein aus Südafrika oder

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

Neuseeland billiger ist als Produkte aus dem eigenen Land.

Die **FREIEN WÄHLER** unterstützen die Forderung des Bauernverbandes, dass der Lebensmitteleinzelhandel seiner **Verantwortung für die einheimischen Landwirte** gerecht wird, entsprechende Preise für hohe Qualitätsstandards zahlt und in ihrer Kommunikationspolitik die Vorzüge der heimischen Produkte herausstellt, um angemessene höhere Preise zu begründen.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern eine landwirtschaftliche Produktinitiative,

- die den Verbraucher auf die kurzen Wege aus der Region auf die Märkte hinweist,
- die Mindestpreise für landwirtschaftliche Produkte wie Milch, Obst, Salat oder Gemüse aus dem Land festlegt,
- die den Aufbau regionaler Vermarktung unterstützt und vor allem
- die Landwirtschaft beim Wiederaufbau kleinstrukturierter, verbrauchernaher und mittelständischer Betriebe unterstützt.

Massenviehhaltung und -schlachtung sowie großflächige Monostrukturen gehören nicht nach Baden-Württemberg. Sie sind auch unter Klimaschutzgesichtspunkten nicht mehr zeitgemäß. Natürlich muss der Verbraucher wissen, dass die Billig-Lebensmittel nur um den Preis landschaftszerstörender und Tier-qualender Massenproduktion zu haben sind. Jahrelang konnten Schlachthöfe und Groß-Bauernhöfe unter den Augen der Behörden gegen alle Regeln des Tier- und Umweltschutzes verstoßen. Diese **Vernachlässigung der**

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

staatlichen Kontrolle ermöglichte es erst, dass in der Landwirtschaft die Großbetriebe billiger produzieren können als kleine und mittlere Bauernhöfe. Gäbe es Gleichbehandlung in der Kontrolle der Produkt-Standards und der Herstellung, dann wären die kleineren Betriebe vielleicht immer noch nicht konkurrenzfähig, aber im Preisgefüge sehr viel weniger abgehängt als heute.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern dieselben Regeln in der landwirtschaftlichen Produktion für Groß- und Kleinbetriebe und die strikte Einhaltung von Natur-, Tier- und Umweltschutz. Genauso wie **Bio-Produkte** sich einen zunehmenden Markt erobern, müssen das auch Produkte der nachhaltigen Agrarstruktur in kleineren und mittleren Betrieben tun. Wer seinen Betrieb Umwelt- und Tierschutzgerecht führt, wer heimische Produkte wachsen lässt und die Wege von Produktion zu Verbraucher konsequent kurzhält, der muss über Preis-Subventionen und Zuschüsse zu seinem Betrieb dafür belohnt werden. Wo das Land aus EU-Subventionsgründen nicht tätig werden kann, muss es die Vertriebsnetze aufbauen helfen und die Gründung von Genossenschaften unterstützen.

Auch in der Landwirtschaft hat längst ein Umdenken hin zu nachhaltigeren Produktionsformen und umweltfreundlichen Methoden begonnen. Viele Böden im Land werden durch Gülle belastet, obwohl diese auch in Biogasanlagen in größerer Menge als 20 Prozent vergärt und dadurch sowohl Energie als auch Mineraldünger gewonnen werden

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

könnte.

Die FREIEN WÄHLER fordern ein umfassendes **Landwirtschaftskonzept**, das

- den Anbau heimischer Produkte und deren Vermarktung fördert,
- die Verwendung von Düngemitteln bei strenger Einschränkung von Insektengiften regelt,
- erosionsmindernde Bodenbewirtschaftung und Anbaumethoden unterstützt,
- Antibiotika und genveränderte Futtermittel auf ein Minimum reduziert und
- Landwirtschaft auf schwer zu bewirtschaftenden Flächen wie Steillagen und Streuobstwiesen staatlich subventioniert.

Dörfer müssen als lebenswerter Raum wieder attraktiv werden. Wenn der Öffentliche Nahverkehr ausgedünnt, die kleinen Schulen und unrentable Krankenhäuser geschlossen werden und kaum noch soziale Treffpunkte wie Gaststätten oder auch Einkaufsläden in den Dörfern zu finden sind, dann ist die Landflucht nicht verwunderlich. Schritt für Schritt und möglichst schnell müssen diese Beiträge zu Brachlandschaften und öde, weitgehend verlassene Dörfer rückgängig gemacht werden. Mit „Ferien auf dem Bauernhof“ und Ferienwohnungen in ländlichen Gebieten gibt es einen attraktiven und zukunftssträchtigen Wirtschaftszweig, der aufgebaut, gefördert und vermarktet werden muss. Derzeit wird aufgrund der Reiseprobleme Deutschland neu für Reisende entdeckt. Das muss vorausschauende Politik im ländlichen Raum unterstützen.

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

10. Soziales und Gesundheit

Es gibt keinen Bereich, der das **Wohlergehen** des Bürgers mehr bestimmt als die **Gesundheit**. Ist sie nicht gegeben, nützen auch noch so gute Einnahmequellen und Arbeitsverhältnisse nichts. Wie wichtig eine solide Gesundheitspolitik ist, zeigt sich besonders in der Corona-Krise. Überlastete Krankenhäuser, ein massiver Mangel an Pflegepersonal, fehlende Schutzkleidung und Mund-Nasen-Masken. Einen Mangel an Medikamenten durch unterbrochene Lieferketten musste unser Land schon seit längerer Zeit erleiden. Gesundheitspolitik braucht auch in Baden-Württemberg neue Impulse.

Die **Bezahlung der Pflegerinnen und Pfleger** in den Krankenhäusern und in den Pflegeheimen entspricht nicht den enormen Leistungen dieser Berufsgruppe für die Gesellschaft. Die finanzielle Wertschätzung im Anschluss an die erste Welle der Pandemie war entlarvend. Statt beherzt zu agieren, stritten sich Politiker über die Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Krankenkassen. Verbal zur systemrelevanten Gruppe erklärt, blieb von den Feiertagsreden nach der ersten Welle kein zufriedenstellender Eindruck zurück.

Gesellschaftlicher Wandel benötigt auch in der **Sozialpolitik** immer wieder zeitgemäße Weiterentwicklungen. Ob in der **Kinderbetreuung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder im Pflegebereich**. Auch bei der **Wohnungsbaupolitik** ist es dringend erforderlich, soziale Aspekte wieder gegenüber ökonomischen Bestrebungen in den Vordergrund zu rücken. Wir **FREIE WÄHLER** stehen für neue Ideen und an einer an den Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen, Müttern, Vätern und älteren Menschen ausgerichteten Sozialpolitik. Niemand darf in unserer Gesellschaft vergessen oder an den

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Rand gedrückt werden.

Unser Gesundheitswesen ist krank

Wir **FREIEN WÄHLER** erkennen erheblichen Handlungsbedarf im Bereich der Gesundheitspolitik für die Bürger in Baden-Württemberg.

Das Gesundheitswesen erlebt einen rasanten Konzentrationsprozess, der die Bedürfnisse von Menschen außer Acht lässt. Die Schließung kleinerer Krankenhäuser oder einzelner Krankenhausabteilungen ebenso wie der Mangel an Arztpraxen in ländlichen Gebieten verschlechtern die medizinische Versorgung der Menschen.

Der Weg zum Arzt oder zum nächsten Krankenhaus muss überschaubar sein. Dem ärztlichen Mangel in Landpraxen muss das Land entgegenarbeiten:

- durch zinsgünstige Kredite,
- durch Förderprogramme für Modernisierungen,
- durch finanzielle Unterstützung im ländlichen Raum mit Anreizen, sich in Landarztpraxen niederzulassen,
- durch Krankenhäuser, die nicht allein unter dem Gesichtspunkt ihrer Rentabilität beurteilt werden,

Kurze Wege zur Versorgung und das sichere Gefühl einer vertrauten Umgebung sind

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

mindestens ebenso wichtig.

Eine **bürgerorientierte Gesundheitspolitik** wendet sich gegen jeden Versuch, das Gesundheitswesen zum Profit-orientierten Wirtschaftszweig zu machen. Laut kassenärztlicher Vereinigung werden in den nächsten Jahren über 600 Ärzte fehlen. Sie fehlen vor allem im ländlichen Bereich. Die Altersstruktur der Landärzte wird den Trend verschärfen. Es wird kaum gelingen, dass mehr Ärztenachwuchs im ländlichen Raum praktiziert, wenn die Rahmenbedingungen dort nicht attraktiver gestaltet werden. Unüberschaubare Abrechnungssysteme, mangelhafte digitale Netze, Vergütungen nach Fall und keine Tagessätze pro Patienten machen diesen Beruf alles andere als attraktiv.

Wir **FREIEN WÄHLER** fordern:

- eine Lockerung des Numerus Clausus an Universitäten bei gleichzeitiger Erhöhung des Studienplatzangebotes,
- ein Stipendium für das humanmedizinische Studium soweit sich ein Student bereit erklärt, für einen gewissen Zeitraum im ländlichen Raum zu praktizieren,
- die Vergabe von Landeszuschüssen im Zusammenhang mit der Anschaffung und Unterhaltung der technischen Ausstattung in bestehenden und neu aufzubauenden Landarztpraxen,
- die finanzielle Unterstützung bei der Schaffung von Ärztehäusern im ländlichen Raum mit angestellten Ärzten, die ein überschaubares finanzielles Risiko mit familienfreundlichen Arbeitszeiten bedeuten,
- die flächendeckende medizinische Versorgung sowie den Erhalt von Krankenhäusern in

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

öffentlicher Trägerschaft.

Gesicherter Zugang zu Medikamenten

Ein stabiles Gesundheitssystem bedarf eines **gesicherten Zugangs zu Medikamenten** und Arbeitsmaterialien. Das Land Baden-Württemberg muss eine feste Medikamentenreserve vorhalten und darf dabei nicht auf eine deutsche oder gar EU-weite Regelung warten. Es ist nicht akzeptabel, wenn Arzneimittel für bestimmte Krankheiten zur **Mangelware** werden.

Digitalisierung im Gesundheitssystem und in der Telemedizin voranbringen

Wir benötigen eine durchgängige Digitalisierung sämtlicher patientenbezogener Prozesse sowie ein Ende der Zettelwirtschaft in Arztpraxen und Kliniken sowie beim Patienten. Wichtige Daten müssen schnell und unkompliziert ohne Medienbrüche verfügbar gemacht werden. Ärzte und Praxen müssen von Bürokratie entlastet werden. Es müssen sowohl bei Patienten als auch bei Ärzten stärkere Anreize gesetzt werden und Lösungen müssen nutzbar und bekannt gemacht werden. Eine Zehn-Euro-Pauschale für die Übernahme von

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Patientendaten in die elektronische Patientenakte (ePA) sind zu wenig.

Wir **FREIE WÄHLER** fordern gleichermaßen

- Unterstützung, um eine zügige Einführung von Online-Konsultationen und Online-Therapien, um wichtige Patienten-Arzt-Gespräche und Psychotherapien unabhängig vom Wohnort zu ermöglichen. Dies hat insbesondere für Bürger im ländlichen und in unterversorgten Gebieten große Bedeutung.

Ungleichbehandlung in Familie und Beruf beenden

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Mütter und Väter gleichermaßen als Herausforderung zu sehen. Die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Frau und Mann sollte dies garantieren. In der Realität allerdings gibt es immer noch die Ungleichbehandlung im Berufsleben und in den Familien und deren Organisationsmöglichkeiten.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern die Umsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau im Arbeits- und Familienleben:

- **Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit** für Mann und Frau, dieselben Aufstiegschancen und die gleichberechtigte Behandlung von Elternzeiten sind Grundvoraussetzungen dafür, dass

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Familien ihre Arbeits- und Karriereplanung unabhängig vom Geschlecht realisieren können.

- Eine Förderung und der Ausbau von „Auditierung und Zertifizierung“ für Unternehmen und Einrichtungen, die sich als besonders familienfreundlich hervortun, soll als **Qualitätssiegel für Familienbewusstsein** in der Wirtschaft eingeführt werden.
- Die Förderung flexibler **Arbeitszeit- und Arbeitsortmodelle**, sowie Programme zur Einführung von Jobsharing und Sharing von Führungspositionen müssen Männer wie Frauen erlauben, ihr Arbeitsleben an verschiedene Lebensphasen anzupassen.
- Der **Anspruch auf einen Kindergartenplatz** darf nicht nur auf dem Papier und im Gesetz stehen, sondern muss für die Familien in Baden-Württemberg eine Selbstverständlichkeit sein. Ein Kindergartenplatz muss grundsätzlich **kostenfrei** für Geringverdiener sein. Die Entscheidung, seine Kinder in einen Kindergarten oder eine Kindertagesstätte zu schicken, darf keine Kostenentscheidung sein.
- Ein Kindergartenplatz **ohne geschultes Personal** ist wenig bis gar nicht hilfreich. Die Landespolitik muss dafür sorgen, dass der Beruf der Erzieherin oder des Erziehers attraktiver gestaltet und von der Bezahlung bessergestellt wird. In Frankreich ist der Erzieher ein Studienberuf, der entsprechend gut entlohnt wird. Wer den zunehmenden Qualitätsanspruch an den Beruf erkennt - Kinder mit Migrationshintergrund, nicht-deutschsprachige Kinder, Integrationsaufgaben, früherer Beginn der Kindergartenzeiten -, muss auch in eine intensivere Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher investieren und für eine angemessene

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

Bezahlung eintreten.

- Das Ziel frühkindlicher Erziehung und Kindergartenbetreuung muss die Familien in die Lage versetzen, unabhängig vom Geschlecht und stattdessen rein von den bewussten Aufgabenzuteilungen in der gegebenen Familiensituation aus zu entscheiden, wer welche Rolle innerhalb der Familie übernimmt. Nur dann ist das Ziel der Gleichberechtigung überhaupt zu erreichen. Nur dann kann man auch daran gehen, Gleichberechtigung in der Arbeitswelt anzugehen.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern, den Integrationsprozess von Kindern mit Migrationshintergrund schon im Kindergartenalter zu fördern. Ziel muss es sein, Kinder auf den Deutschunterricht in der Grundschule vorzubereiten. Um dies überhaupt annähernd erreichen zu können, müssen Erzieherinnen und Erzieher in der Lage sein, diese Sprachkompetenz zu vermitteln. Das geht nur, wenn in der Ausbildung diese Kompetenz vermittelt wird. Gleichfalls erheben wir den Anspruch, dass die Eltern von Migrationskindern die Vermittlung der deutschen Sprache unterstützen, fördern und positiv begleiten.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern, dass parallel zur Kompetenzvermittlung für Kinder in den Kindergärten auch den lernbereiten Eltern die deutsche Sprache unterrichtet wird. Hier wäre eine Zusammenarbeit zwischen Kindergärten/Kindertagesstätten mit den abendlichen Volkshochschulveranstaltungen zu empfehlen.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern echte Integrationsanstrengungen für auf Dauer im Land lebende Einwanderer und ihre Kinder. Das **Überwinden der Sprachhindernisse** ist eine

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Grundvoraussetzung für das Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen.

Wenn die Bedeutung von Kindergärten und Kindertagesstätten im Gesamtzusammenhang von Familienplanungen und Arbeitsprozessen gesteigert wird, dann muss sich auch die Frage nach dem Betreuungsschlüssel und den maximalen Gruppengrößen stellen.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern, die **Reduzierung der Gruppengrößen** in Kindergärten und Kindergartenplätzen auf maximal 15 Kinder. Der Betreuungsschlüssel muss nach und nach auf maximal fünf Kinder pro Erzieher gesenkt werden.

Schutz vor Missbrauch und Gewalt

Kinder und Frauen werden in unserer Gesellschaft häufig Opfer von Missbrauch und körperlicher Gewalt. Insbesondere der sexuelle Missbrauch von Kindern wird durch das Internet zusätzlich befeuert. Pädophile Gruppen nutzen die Anonymität des weltweiten Web zum Austausch. Die Kriminalpolizei kommt mit der Verfolgung der Taten nicht nach. Ebenso bleibt Gewalt gegen Frauen innerhalb der Familie oder im Freundeskreis ein akutes Problem. Kinder oder Lebenspartner sind oft Opfer von massiven Übergriffen und ohne Hilfe völlig überfordert, den Kreislauf von Alltagsgewalt zu durchbrechen und das Recht einer gewaltfreien Umgebung einzufordern. In Baden-Württemberg fehlen zum Schutz misshandelter Frauen viele hundert Plätze in Frauenhäusern.

Wir **FREIEN WÄHLER** fordern,

- dass zum Schutz von Opfern von Gewalt oder sexuellem Missbrauch, dieser den

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

Jugendämtern bei einem Umzug der Familie an das neue Jugendamt gemeldet werden, dass Ärzte sensibilisiert werden für Gewaltanwendung oder Missbrauch,

- dass Präventions- und Aufklärungsprogramme wie „Starke Eltern, starke Kinder“ ausgeweitet und weiter gefördert werden,
- dass die Anzahl der Frauenhäuser unter der Trägerschaft des Landes erhöht wird.

Leben im Alter lebenswert machen

Unsere Gesellschaft wird zunehmend älter werden und immer mehr Menschen werden über längere Zeiträume hinweg pflegebedürftig sein. Altersbedingte körperliche und geistige Gebrechen machen es für die Familien bei allem guten Willen und vorhandener Bereitschaft manchmal unmöglich, ihre älteren Familienangehörigen auf Dauer zu versorgen. Dennoch verbringt immer noch der größere Teil älterer Menschen ihr Leben zu Hause. Dieser wünschenswerte Zustand kann nur erhalten bleiben, wenn Familien bei der Pflege ihrer Angehörigen finanziell ausreichend unterstützt werden, auch durch den Erwerb von zusätzlichen Rentenansprüchen. Finanziell ist die Unterbringung in einem Pflegeheim für die Gesellschaft insgesamt sehr viel teurer als die Pflege in der heimischen Umgebung, von der menschlichen Seite einer Pflege durch die eigene Familie ganz zu schweigen.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern eine Alterspflege, die solange es geht, ein Verweilen zu Hause ermöglicht und wenn es erforderlich ist, eine Unterbringung in Heimen sicherstellt. Die Entscheidung für das eine oder das andere darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten der

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Familie abhängen, sondern von pflegerischen oder medizinischen Umständen.

Die FREIEN **WÄHLER** fordern für ältere Menschen mit nur vorübergehender Pflegebedürftigkeit dringend die Schaffung von zusätzlichen Kurzzeitpflegeplätzen in baden-württembergischen Pflegeeinrichtungen. Vor allen Dingen werden viel zu wenig Kurzzeitpflegeplätze - trotz der möglichen Kostenübernahme einer achtwöchigen Kurzzeitpflege durch die Pflegekassen - vorgehalten, um erschöpften „Pflegerinnen“ eine kleine Verschnaufpause zu gewähren. Gleiches gilt für Tagespflegeplätze.

Pflegekräfte angemessen bezahlen

Neben der quantitativen Zahl der Plätze in Altenheimen kommt es maßgeblich auf die Qualität an. Menschliche Wärme verbunden mit fachlicher Qualifikation sind Voraussetzung dafür, dass sich Menschen in Altersheim nicht abgeschoben fühlen. Die bisherige Praxis sieht leider anderes aus: Pflegeberufe sind schlecht bezahlt, der Personalmangel durch Kostendruck führt vielfach zu einer Überforderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern:

- eine Aufwertung der Pflegeberufe durch eine bessere Ausbildung und eine Anhebung der Gehälter. Bessere Arbeitszeiten müssen die Pflegeberufe parallel zum besseren Gehalt

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

attraktiver machen und

- eine gezielte Werbung für Pflegeberufe in den Schulen

Altersarmut verhindern

Immer mehr Menschen können im Alter nicht mehr von ihrer Rente leben. Auch wer auf viele Jahrzehnte Arbeit zurückblicken kann, muss oft auch noch im Rentenalter zusätzlich Geld verdienen, um sein bisheriges Lebensniveau auch nur annähernd halten zu können. Die Altersbezüge können bei den steigenden Miet- und Lebenshaltungskosten nicht mehr mithalten. Insbesondere den Beziehern kleiner Einkommen mit entsprechend niedriger Rente droht eine regelrechte Altersarmut. Auch wer sein Leben lang gearbeitet hat, Steuern und Versicherungsbeiträge bezahlt hat, ist vor Altersarmut nicht sicher.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern eine Überprüfung der Rentenbedingungen und eine Anhebung der Mindestrente auf eine Höhe, die Altersarmut verhindert.

Allgemeines Gesellschaftsjahr einführen

Das Eintreten für die Gemeinschaft, für Ehrenamt und soziales Miteinander lässt nach. Wenn wir den Zusammenhalt verlieren, spaltet sich die Gesellschaft in Gruppen auf. Die **FREIEN WÄHLER** erkennen, dass ein **allgemeines Gesellschaftsjahr** einen Beitrag dazu leisten kann, junge Menschen für einen Einsatz für die Gemeinschaft zu motivieren. Wir sind überzeugt davon, dass junge Menschen von den in diesem Jahr gemachten Erfahrungen in ihrem

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

späteren Leben profitieren können.

Wir **FREIE WÄHLER** fordern:

- ein **Gesellschaftsjahr** für alle mit einer allgemeinen Dienstpflicht, wobei es eine Wahlfreiheit zwischen dem Dienst bei der Bundeswehr, im Katastrophenschutz, bei der Feuerwehr und vielen weiteren Blaulichtorganisationen sowie im gesamten sozialen Bereich geben soll.

Wir **FREIE WÄHLER** wollen hierfür eine Arbeitsgruppe mit den betreffenden Interessenverbänden, Renten- und Finanzexperten bilden, um ein Realisierungskonzept zu erstellen, so dass es eine Möglichkeit gibt, Rentenpunkte für die Ehrenamtstätigkeit zu erhalten.

11. Ehrenamt und Sport

Ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Initiativen hat in der Bundesrepublik eine lange Tradition. Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Ohne das unentgeltliche Wirken von Millionen Jugendlichen, Frauen und Männern könnte unser Gemeinwesen nicht funktionieren. Ob bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, dem Engagement bei der Integration von Flüchtlingen, der Pflege von Kultur und Brauchtum, dem Sporttreiben oder der Förderung des Naturschutzes, in vielen Bereichen nimmt die Zivilgesellschaft dem Staat grundlegende Aufgaben zum Bestand des gesellschaftlichen Zusammenhalts ab und entlastet damit die öffentlichen Haushalte in

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Milliardenhöhe.

Wir **FREIEN WÄHLER** setzen uns für den Erhalt und die Stärkung der Ehrenamtskultur auch zukünftig vehement ein.

Klares „Ja“ zum Ehrenamt

Ehrenamts-, Übungsleiterpauschale und Haftungsfragen für Vorstände werden von Vereins- und Verbandsmitgliedern immer wieder diskutiert. Die **FREIEN WÄHLER** erkennen die Leistungen ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an und sehen die Notwendigkeit einer regelmäßigen Anpassung der steuerlichen Entlastungsbeträge, insbesondere der Ehrenamtspauschale.

Die **FREIEN WÄHLER** fordern die Ehrenamtspauschale von zur Zeit 70€ / Monat auf 140€ / Monat zu erhöhen.

Neben finanziellen Aspekten gilt es, die Vereine bei ihrer täglichen operativen Arbeit direkt zu unterstützen. Dabei dürfen nicht nur zivilgesellschaftliche Initiativen im Sozialbereich im Vordergrund stehen, sondern mindestens ebenso der klassische Verein im **Sport, der Kultur, der Musik oder der Brauchtumspflege**.

Gerade die Verantwortlichen in kleinen örtlichen Vereinen, die ausschließlich auf das ehrenamtliche Engagement ihre Vereinsmitglieder angewiesen sind, brauchen dringend praktische Hilfe. Ob der örtliche Chor, die Naturschutzgruppe, das Laientheater, der

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

Angelverein, um nur einige zu nennen: Viele leiden unter der abnehmenden Bereitschaft, langfristig ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen.

Neue Existenzprobleme bringt die Corona-Krise. Viele Vereine können ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen. Sie dürfen bei den Hilfsprogrammen der öffentlichen Hand nicht vergessen werden.

Staatliche Unterstützung in Form hauptamtlich besetzter Anlaufstellen (Ehrenamtsagenturen) für Ehrenamtliche können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von administrativen Arbeiten entlasten und kompetente Beratung anbieten. Darunter fallen z. B. die Beantragung von Fördermitteln und die Beratung in rechtlichen Fragen ebenso wie bei Herausforderungen der Digitalisierung. Gute Ansätze dafür bietet das Programm „Hauptamt stärkt Ehrenamt“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums und die neu gegründete „Deutsche Stiftung Engagement und Ehrenamt“. Die beiden zuletzt genannten Institutionen sollten sich auch intensiv um die Einbindung von Frauen in ehrenamtlichen Führungspositionen einsetzen.

Sportstättenförderung gemeinsam angehen

Der Deutsche Olympische Sportbund beziffert den **Investitionsstau im Sportstättenbau** bundesweit auf mehr als 30 Milliarden Euro. Neue Anforderungen bei der Nachhaltigkeit von Sportanlagen durch die Europäische Union werden weitere Milliardeninvestitionen notwendig machen. Das Grundgesetz überantwortet den Bundesländern die Kompetenz beim Sportstättenbau. Doch ohne finanzielle Unterstützung des Bundes können die Länder diese

FREIE WÄHLER

Landtagswahlprogramm 2021

Aufgabe nicht bewältigen. Ein Kompetenzgerangel gilt es zu überwinden. Die Bundesländer und der Bund haben sich schnellstmöglich auf eine Neuauflage des „Goldenen Plans“ zu einigen. „Wir sind nicht zuständig“, ist nicht länger vertretbar.

Die Corona-Krise belastet besonders die Kommunen durch wegbrechende Steuereinnahmen. Wichtige Maßnahmen der freiwilligen Daseinsvorsorge drohen auf der Strecke zu bleiben. Das Bundesprogramm **"Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur"** hilft, Lücken zu schließen. Daher sollte das Programm langfristig verlängert und finanziell aufgestockt werden. Was fehlt, sind weitgehend objektive Kriterien bei der Vergabe der Zuschüsse.

Bürger in die Planung von Kultur- und Sportstätten einbeziehen

Während im ländlichen Raum vielfach Sport- und Kultureinrichtungen verweisen, ist ein extremer Mangel in urbanen Zentren zu sehen. Um ein optimales Angebot an Freizeiteinrichtungen bereitstellen zu können, sind die Kommunen zu verpflichten, zusammen mit Verantwortlichen aus Vereinen und Initiativen gemeinsam eine Planung von Sportstätten und Kultureinrichtungen vorzunehmen. Eine Stärkung der kommunalen Infrastruktur darf nicht ohne einen Sportstättenentwicklungsplan vorgenommen werden.

Breiten- UND Spitzensport fördern

Der Breitensport ist eine integrative Klammer der Gesellschaft. Er vermittelt Freude am Spiel,

FREIE WÄHLER Landtagswahlprogramm 2021

steigert den sozialen Zusammenhalt, besitzt Integrationskraft und fördert die Gesundheit. Deshalb sind alle staatlichen Institutionen aufgerufen, den Breitensport vielfältig zu fördern.

Eine Aufgabe mit höchster Priorität ist, dass alle Kinder spätestens in der Grundschule Schwimmen lernen. Die **FREIEN WÄHLER** befürworten einen weiteren Ausbau der Kooperation der Krankenkassen mit gesundheitsfördernden Vereinen und Verbänden. Die **FREIEN WÄHLER** sehen die integrative Kraft und den Imagegewinn des Spitzensports. Daher begrüßen wir auch die Ausrichtung internationaler Sportveranstaltungen in Deutschland.

Kultur der Computerspiele in Grenzen anerkennen

Computerspiele gehören inzwischen wie selbstverständlich zur Jugendkultur. Die Gaming-Industrie ist darüber hinaus eine wachsende Branche. Dabei streben die Verbände der Spiele-Industrie an, für ihre Verbände und Gaming-Vereine unter dem Label „E-Sports“ als gemeinnützig anerkannt und somit auf die gleiche Stufe wie der analoge Sport gestellt zu werden. Damit würden u.a. auch sogenannte Shooterspiele, bei dem virtuellen Menschen getötet werden, dem ideellen Bereich zugeordnet. Dies lehnen die **FREIEN WÄHLER** ab.

Wir unterstützen vielmehr die ursprüngliche Position des Deutschen Olympischen Sportbundes, dass lediglich virtuelle Sportspiele (z.B. Fifa 20, Eishockey) unter dem Begriff „E-

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**

Sports“ fallen und satzungsgemäß im Rahmen gemeinnütziger Vereine, insbesondere Sportvereine, gespielt werden können.

Außerdem unterstützen wir die Initiative der bayerischen **FREIEN WÄHLER**, den Erwerb von Lootboxen durch Minderjährige wie in den Niederlanden zu verbieten.

12. Schlussbemerkung

Wir **FREIEN WÄHLER** haben nicht für jede Frage eine Antwort und auch nicht für jedes Problem eine Lösung. Wir haben aber ein zutiefst empfundenen demokratisches Grundverständnis, die Fähigkeit und Bereitschaft, für die Bürger unseres Landes in den politischen Gremien zu arbeiten, uns zu engagieren und dazu beizutragen, dass die von uns empfundene Kluft zwischen Wählern und Gewählten geschlossen wird. Wofür die **FREIEN WÄHLER** stehen, kann jeder Bürger in Baden-Württemberg in diesem Wahlprogramm nachlesen. Wir stehen zu unseren Forderungen und wissen um die Notwendigkeit, für die Umsetzung unserer Forderungen zu werben, zu kämpfen und zu überzeugen.

Wir **FREIEN WÄHLER** werden keine Partei und keine Politiker unterstützen, die unseren in der Präambel aufgestellten Forderungen an uns selbst nicht entsprechen.

Wir **FREIEN WÄHLER** treten in diesem Landtagswahlkampf als Partei an, weil wir von der Arbeit der im Landtag vertretenen Parteien nicht überzeugt sind. Wir sehen tiefgreifende Fehler und eine erhebliche Diskrepanz zwischen den auch in den Wahlprogrammen dem

FREIE WÄHLER **Landtagswahlprogramm 2021**



Bürger abgegebenen Versprechen und dem, was dann im Landtag umgesetzt wurde.

Wir **FREIEN WÄHLER** werden ideologie- und vorurteilsfrei an die Arbeit im Landtag gehen, falls uns genügend Wählerinnen und Wähler ihre Stimme anvertrauen. Und wir versprechen, dass wir uns an unser Wahlprogramm halten werden und versuchen, unsere Forderungen im Rahmen des Möglichen durchzusetzen.